Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 4 (1975)

Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

4. Jahrgang Nr. 11
20. November 1975
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 38 500

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☉ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☉ (01) 47 34 00

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

W. M. Diggelmann
Die Reise begann in Moskau **Seite 3**

Ärztebedarf
Macht des Hippokrates. Weniger Ärzte für eine kranke Gesellschaft **Seite 5**

Beat Kappeler
In den Fängen der Grossbank **Seite 7**

Spanien nach Franco
Muerte a la Muerte – Viva España! Die spanische Opposition organisiert sich **Seite 7**

Frauenemanzipation
«Im Namen des Gesetzes, Karl, wasch das Geschirr ab» **Seite 8**

Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Brockhaus-Enzyklopädie bei

Die Krise im schweizerischen Baugewerbe und ihre Hintergründe

Stillstand der Betonmischer

Die von der allgemeinen Rezession bis heute am stärksten betroffene Branche ist ohne Zweifel das Baugewerbe. Der Beschäftigungsrückgang von 1973 bis 1975 war in diesem Wirtschaftszweig am grössten, und die Aussichten für einen baldigen Wiederaufschwung sind am geringsten. In einer Branche, in der 1973 noch Riesengewinne möglich waren, werden 1976 nur noch zwei Drittel aller Unternehmungen überlebt haben. Gemäss einer Statistik der Gruppe Schweizer Bauindustrie, der Vereinigung der grössten Bauunternehmer, hat sich die Rezession bei den Grosskonzernen der Baubranche jedoch nicht so stark bemerkbar gemacht wie im übrigen Baugewerbe. Die Grossen werden also überleben, die Kleinbetriebe verschwinden. Die Konzentration von Kapital und Macht in den Händen weniger wird auch im Bausektor die Konkurrenzwirtschaft zwischen vielen Kleinbetrieben verdrängen. Hauptleidtragende dieser Entwicklung sind die Arbeitnehmer.

Spricht oder schreibt man heute über die Krise im Baugewerbe, so wird die Situation in diesem Wirtschaftssektor meist *vom übrigen ökonomischen Geschehen isoliert dargestellt.* Die Krise wird dann jeweils als *«notwendiger Redimensionierungsprozess nach einer Überhitzungsphase»* oder ähnlich dargestellt.

Tatsächlich ist die Situation der Schweizer Bauwirtschaft in erster Linie eine Folge der fünften zyklischen Krise der Nachkriegsjahre, welche die ganze westliche Welt erfasst hat. Im Unterschied zu den vorangegangenen Rezessionsphasen, etwa derjenigen der Jahre 1967/68, wirkt sich die jüngste Wirtschaftskrise aber ungleich schwerer auf die betroffenen Länder aus. So ist ein massiver Einkommensabbau, ein Nachfrage- und ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen, der noch vor kurzem von westlichen Ökonomen für undenkbar gehalten wurde. So erreichte die offiziell registrierte Arbeitslosenzahl in den USA die 8-Millionen-Grenze, im EG-Raum belief sie sich im Herbst auf über 4,5 Mio. Die Grafik 1 verdeutlicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen OECD-Ländern.

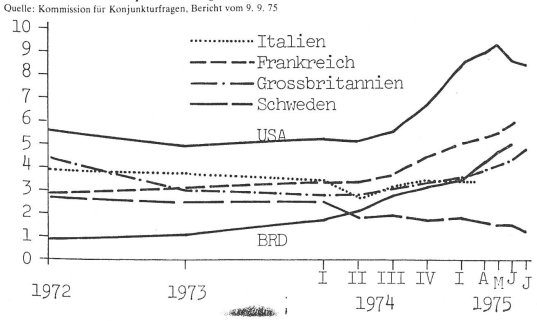
Die Schweiz wird mitgerissen

Die weltweite Rezession traf auch die Schweiz, indem bereits schon 1974 sämtliche Konjunkturmerkmale eine krisenhafte Entwicklung anzeigten: Das Bruttosozialprodukt (BSP), der Konsum, die industrielle Beschäftigung, die Geldmenge und der Aussenhandel stagnierten oder nahmen ab. 1975 setzte sich diese Entwicklung fort. So sank der Index der Industrieproduktion im 1. Quartal 75 gegenüber dem Vorjahresquartal nochmals von 157 auf 129 Punkte.

Die Zahl der *offiziell registrierten* Arbeitslosen stieg von rund 100 im September 1974 auf 12 450 im September 1975 an. Die Dunkelziffer hinter diesen Angaben der Arbeitsämter dürfte hoch sein. Gemäss Angaben des Biga-Direktors hat das *Total der Beschäftigten* in der Schweiz innerhalb eines Jahres *um 200 000 abgenommen.* Hinzu kommen noch ca. *120 000 Arbeitnehmer,* die von *Teilarbeitslosigkeit* (Kurzarbeit) betroffen wurden.

Am meisten unter dem Beschäftigungsrückgang litten jedoch jene Arbeitnehmer, die nicht von der Arbeitslosenstatistik erfasst werden: die Ausländer. So nahm die *Zahl der erwerbstätigen Ausländer* von August 1974 bis August 1975 *um 107 000 Personen ab!* Zählt man diese exportierten Arbeitslosen zu den in der Schweiz registrierten hinzu, ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 4,3% (ohne Teilarbeitslosigkeit).

Grafik 1: Arbeitslosenquoten in ausgewählten OECD-Ländern 1972–1975
Quelle: Kommission für Konjunkturfragen, Bericht vom 9. 9. 75



Die Investitionen

Um zu verstehen, welche Bedeutung der Bauwirtschaft in dieser Krisensituation zukommt, ist es nötig, wenigstens andeutungsweise auf die Ursachen der Krise in der Schweiz einzugehen: Der bedeutendste Faktor für Wachstum und Entwicklung der Volkswirtschaft und für die Quantität und Qualität des zukünftigen Güterangebots sind die *Investitionen.*

Im Gegensatz zum Akt der Produktion, der von allen Erwerbstätigen getragen wird, bestimmt aber in unserem Wirtschaftssystem nur eine kleine Anzahl von Unternehmern über die Verwendung und Verteilung der von allen produzierten Güter, d. h. auch über die Höhe und die Qualität der zu tätigenden Investitionen. Befürchtet nun ein Unternehmer, dass die anstehenden Investitionen nicht die erwartete Rendite einbringen, so wird er keine oder weniger Investitionen tätigen. (Man könnte dies auch einen *«Investitionsstreik»* nennen.) Die Nachfrage nach Investitionsgütern, in der Schweiz ca. 30% der Inlandnachfrage, nimmt ab.

Investitionen werden also in kapitalistischen Marktwirtschaften nicht nach gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern nach den Spielregeln einiger weniger Produktionsmittelbesitzer eingesetzt. Deswegen steht am Anfang einer Krise auch immer das Absinken der sogenannten *«Investitionsneigung»* und nicht etwa des Konsums. In der Schweiz verzeichneten schon 1973 die Bruttoinlandinvestitionen keine reale Zunahme mehr, 1974 sogar eine nominelle Abnahme, obschon die Konsumnachfrage immer noch leicht anstieg. Auch die *Investitionsquote,* d. h. der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt, nahm bis 1972 zu und ist bereits im folgenden Jahr rückläufig (vgl. Tabelle 2).

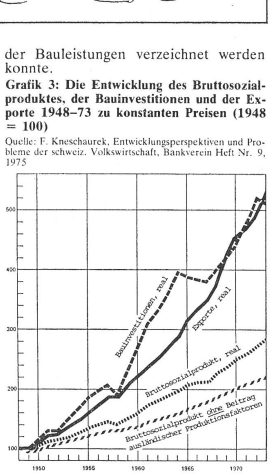
Tabelle 2: Investitionen und Bruttosozialprodukt 1971–74

	BSP in Mrd. Fr.	Bruttoinlandinvestitionen in Mrd. Fr.	Investitionsquote in %
1971	100,8	29,6	29,4
1972	116,1	34,8	30,0
1973	129,4	37,5	29,0
1974	138,0	35,9	26,0

Für die Lage der Bauwirtschaft ist nun bedeutend, dass der Anteil der Bauinvestitionen an den Bruttoinlandinvestitionen 1973 rund zwei Drittel betrug. Der Anteil der Bauleistungen am gesamten Sozialprodukt war damit von 11% im Jahr 1948 auf rund 20% im Jahr 1973 gestiegen. Da die Bauinvestitionen einen Hauptteil an den Gesamtinvestitionen beanspruchen, ist es nicht verwunderlich, dass die Bauwirtschaft zuerst und am heftigsten von einer sinkenden Investitionsneigung der Produktionsmittelbesitzer betroffen wurde.

Die Grafik 3 zeigt, wie in der Schweiz bis 1973 eine besonders steile Zunahme der Bauleistungen verzeichnet werden konnte.

Grafik 3: Die Entwicklung des Bruttosozialproduktes, der Bauinvestitionen und der Exporte 1948–73 zu konstanten Preisen (1948 = 100)
Quelle: F. Kneschaurek, Entwicklungsperspektiven und Probleme der schweiz. Volkswirtschaft, Bankverein Heft Nr. 9, 1975



Von der «Überhitzung» zur «Redimensionierung»

Diese oft als Überhitzung bezeichnete Entwicklung war zu einem bedeutenden Teil eine Folge des Nachholbedarfs im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, d. h. jener öffentlichen Bauten wie Spitäler, Bildungseinrichtungen usw., die jahrelang in ungenügendem Mass vorhanden waren und dies z. T. heute noch sind.

Zum anderen war der Boom aber auch gekennzeichnet durch ein ungeplantes, wild wucherndes Vorbeibauen an den Bedürfnissen der Bevölkerung: So wurden ganze ältere Stadtquartiere mit billigen Wohnungen abgerissen. Die Bauunternehmer verdienten dann doppelt, einmal am Bau der Büros, welche die alten Wohnhäuser ersetzten, zum anderen konnten für die Bewohner am Stadtrand wieder neue, teure Mehrfamilienhäuser erstellt werden. Durch diese Entwicklung wurde das Bauvolumen künstlich aufgebläht.

Wichtig ist nun die Tatsache, dass zwischen 1960 und 1973 die öffentlichen Bauvorhaben wesentlich stärker zugenommen haben als die privaten. Nach der «grossen Wende» scheint sich beim Rückgang der Bauinvestitionen genau die umgekehrte Entwicklung abzuzeichnen. Anhand der Bauvorhaben lässt sich zeigen, dass sich die öffentlichen Bauinvestitionen kaum zurückbilden werden, die privaten jedoch um so stärker (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteile und Wachstum der verschiedenen Komponenten der Baunachfrage

	Anteil am Total 1973 in %	Reales Wachstum bis 1973 wenn 1960 = 100	Rückgang der Bauvorhaben im Jahr 1975 gegenüber 1974 in %
Wohnungsbau	40	187	–30,5
übriger privater Bau	25	151	–16,7
öffentlicher Hochbau	15	268	– 8,7
öffentlicher Tiefbau	20	209	– 7,4
Total	100	189	–22,8

Die Krise der Bauwirtschaft ist also fast ausschliesslich eine Krise der Privatunternehmer. Allerdings wurde diese Krisensituation in der Schweiz durch die *Konjunkturbeschlüsse des Bundes* (Baustopp, Kreditrestriktionen) und durch die *prekäre Finanzlage der öffentlichen Hand* (Sparmassnahmen) mitausgelöst.

Am deutlichsten lässt sich die Talfahrt der Bauwirtschaft anhand der Beschäftigungszahlen illustrieren: Von total 231 570 (Mai 73) im Bauhauptgewerbe Beschäftigten blieben im Mai 75 noch 165 275 übrig: Reduktion 34,3 Prozent! Der grösste Teil der Arbeitslosen wurde exportiert: im Mai 75 waren 64% weniger Saisonarbeiter im engeren Baugewerbe beschäftigt als im Mai 73. Nachfolgende Zahlen zeigen den Rückgang der gesamten ausländischen Erwerbstätigen von April 74 bis April 75 in der Bauwirtschaft im Vergleich zu den nächstbetroffenen Branchen:

Baugewerbe	–51 766
Metalle und Maschinen	–10 834
Textil und Bekleidung	– 6 054

Auffallend ist der grosse Abstand, mit dem das Baugewerbe die Liste anführt.

Profiteure der Krise

Von der Krise sind allerdings nicht alle Unternehmer gleich betroffen. Leerwohnungen, Produktionsrückgang, Baukrise, das hat für die finanzstarken Kapitalisten eine äusserst günstige Seite. «Gesundschrumpfung» und «Flurbereinigung» heissen die schmeichelhaften Schlagworte: die kleinen Betriebe gehen ein, die grossen mit Banken oder Konzernen im Rücken, so etwa die Göhner AG als Tochter der Elektrowatt/Kreditanstalt, überstehen rapide Produktionsrückgänge und «gesunden» sogar dabei. Die Grossen kaufen die bankrotten Kleinen zu günstigem Preis – die Konkurrenz wird beseitigt, das ist die Funktion der Krise. Die Konzentration des Kapitals nimmt zu.

Für die Zukunft wird prognostiziert, dass die Produktionskapazität der Bauwirtschaft *um ca. 30–35% redimensioniert* werden müsste. Davon abgesehen, ob sich in dieser Prognose der tatsächliche zukünftige Bedarf der Bevölkerung widerspiegelt (man denke an die fehlenden *billigen* Wohnungen, Kindergärten usw.!), befürchtet das Baugewerbe, dass durch die Eigenmechanismen unserer ungeplanten Wirtschaft eine sog. *«Übersteuerung» nach unten* eintritt, d. h. dass die Unternehmer Produktionskapazitäten in einem Ausmass vernichten, das über die als notwendig bezeichneten 30–35% hinausgehen.

Unternehmer rufen nach dem Staat!

Das Rezept, die Redimensionierung im Rahmen zu halten und die Wirtschaft

Akademiker, Techniker und die Baukrise

Von den früheren Rezessionsphasen der Schweizer Wirtschaft unterscheidet sich die jüngste Krise auch dadurch, dass neben den ausländischen Arbeitnehmern vor allem das technische Kader von Beschäftigungseinbrüchen betroffen wurde. Den grössten Anteil an arbeitslosen technischen Angestellten, darunter auch viele Akademiker, stellt dabei die Bauwirtschaft, da in Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros seit 1973 ein massiver Abbau des Personalbestandes vorgenommen wird.

Dabei ist der Anteil der betroffenen jugendlichen Arbeitnehmer besonders hoch und liegt noch über dem für alle Branchen geltenden Durchschnitt. (Ende Juli waren von allen registrierten Arbeitslosen 43% unter 30 Jahre alt!) Eine Untersuchung in den Rekrutenschulen ergab, dass die Berufsgruppe der Hoch- und Tiefbauzeichner den höchsten Anteil an noch stellenlosen Rekruten aufwies. Eine grosse Anzahl von Bauzeichnern, Bautechnikern, Ingenieuren, Architekten und Planern wurde unmittelbar nach dem Lehrabschluss oder dem Hochschuldiplom arbeitslos.

Gemäss Umfragen des SIA (der SIA ist die von Büroinhabern dominierte Standesorganisation der Ingenieure und Architekten) ging der Personalbestand in den von der Umfrage erfassten Büros allein vom 1. 1. 74 bis zum 1. 7. 75 um 20% zurück. Die Auftragsbestände und der Arbeitsvorrat sanken auch im ersten Halbjahr 1975, so dass bis Ende Jahr mit weiteren Entlassungen gerechnet werden muss. Die von der Umfrage erfassten Projektierungsbüros gaben an, bis Ende Jahr noch weitere 521 Angestellte entlassen zu müssen. Von diesen werden 154 Hochschul- oder HTL-Absolventen sein.

Für diese Entwicklung verantwortlich ist nicht nur unsere «freie Marktwirtschaft», die längerfristig anscheinend auch in der Schweiz nicht ohne Krisen und eine Reservearmee von Arbeitslosen auskommt, sondern auch eine Bildungspolitik, die sich jahrelang nach den kurzfristigen Bedürfnissen der Privatwirtschaft ausgerichtet hat und es auch nach den jüngsten Entwicklungen versäumt, irgendwelche durchgreifenden Massnahmen gegen die bestehende und zukünftige Unterbeschäftigung technischer Angestellter zu ergreifen.

Arbeitslosenstatistik September 1975

Registrierte Arbeitslose Total (+ 23,1% bez. Vormonat!)	12450
davon Bauberufe (Polier, Maurer, Handlanger etc.)	673
Technische Berufe	1069
davon:	
Architekten	126
Bauing.	43
Kulturing.	4
Bautech.	47
Bauzeichner	361
andere Zeichner inkl. Vermessungszeichner (ohne Maschinenzeichner)	140
Total techn. Angestellte im Bau	721
übrige technische Berufe (Maschinening., Elektroing., Maschinenzeichner). Von diesen könnten allerdings auch noch einige im Bau arbeiten	348

Der Arbeitsmarkt.

wieder anzukurbeln, ist folgendes: der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Investitionsneigung wieder ansteigt, das heisst, dass der Staat den Unternehmern die Gewinne sichern muss, damit die Investitionen wieder «angemessene» Renditen abwerfen. Über die *Alternative*, nämlich die Verfügungsgewalt über die Investitionen unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen und die Quantität und Qualität der Investitionen nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten, wird selbstverständlich nicht diskutiert.

Die Stabilisierung der Gewinne im Bausektor lässt sich insbesondere durch zwei Massnahmen erreichen: erstens durch die Erhöhung der staatlichen Nachfrage und zweitens durch die Senkung der Lohnkosten. Nachdem das Bauvolumen 1973 rund 21% des Sozialproduktes erreicht hatte, verlangen heute der *Baumeisterverband*, die *Gruppe Schweizer Bauindustrie* und der *Verband der Generalunternehmer* vom Bundesrat, durch öffentliche Investitionen dafür zu sorgen, dass es sich bei 15% stabilisiert. Das entspräche etwa dem Durchschnitt anderer westeuropäischer Länder.

Der Aktivität des Staates sind hier jedoch Grenzen gesetzt, können doch Bund, Kantone und Gemeinden nur ca. 35% der Bauinvestitionen beeinflussen. Wie schon gezeigt wurde, erschwert zudem die hohe Inflation eine wirksame Ausgabenpolitik. Auch ist ja die Bautätigkeit im öffentlichen Bereich kaum zurückgegangen, sondern vornehmlich jene im privaten Bereich, auf die der Staat keinen direkten Einfluss ausüben kann. Trotzdem wird jetzt im für das Baugewerbe lukrativen Tiefbaugeschäft vermehrt investiert. Diese als «Arbeitsbeschaffung» betitelten staatlichen Investitionen werden ausgerechnet im Tiefbau realisiert, der erstens der Rezession kaum unterworfen war und dessen Arbeitsprozess zweitens so kapitalintensiv ist, dass im Verhältnis zum eingesetzten Kapital (teure Maschinen) viel weniger Arbeitskräfte eingesetzt werden können als bei anderen Bauvorhaben.

Lohnabbau

Die andere Möglichkeit zur Gewinnsteigerung, jene der *Lohnkostensenkung*, wird eifrig praktiziert. Obwohl, wie eine Untersuchung von *Prof. Kleinewefers* gezeigt hat, der Lohnkostenanteil am Volkseinkommen in den letzten Jahren laufend gesunken ist, werden jetzt noch vermehrt Mittel der «sozialen Disziplinierung» angewendet, um die Löhne weiter zu senken.

Lohnkürzungen und Verweigerung des Teuerungsausgleichs sind denn auch im Baugewerbe an der Tagesordnung. Schon seit Monaten erfolgt im Bausektor ein massiver Reallohnabbau,wie die Tabelle 5 verdeutlicht.

Tabelle 5: Löhne im Baugewerbe und Konsumentenindex 1974/75, Anstieg gegenüber Vorjahresquartal

		①	②
1974	2. Quartal	+ 9,4	+7,7
	3. Quartal	+10,6	+7,7
	4. Quartal	+ 8,8	+7,8
1975	1. Quartal	+ 8,0	+5,7
	2. Quartal	+ 8,5	+5,6

① Landesindex der Konsumentenpreise ② Löhne und Gehälter im Baugewerbe

Die Beschäftigungssituation und die Einkommensverhältnisse werden sich im Bausektor in nächster Zukunft auch kaum bessern. So prognostizierte die *Kommission für Konjunkturfragen* im September, dass der gesamtwirtschaftliche Aufschwung eher in weitere Ferne gerückt ist und dass die Nachfrage nach Arbeitskräften noch weiter zurückgehen wird. Dies insbesondere, weil die *«Investitionsneigung der Unternehmer»* noch stärker nachgelassen hat.

Alibi für Kernkraftwerke

Für die Bauwirtschaft prognostiziert das St.-Galler *Zentrum für Zukunftsforschung* noch weitere Rückschläge bis zum Jahr 1976, in dem die Bautätigkeit ihren Tiefstand erreichen wird. Danach soll die Bautätigkeit wieder leicht zunehmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass gewisse *öffentliche und gewerbliche Grossprojekte* realisiert werden können.

Bei solchen Grossprojekten besteht nun die Gefahr, dass mit dem Argument der Wiederbelebung des Baumarktes und angesichts einer latenten drohenden Unterbeschäftigung im Bausektor vom Bund und von der Privatwirtschaft Investitionen getätigt werden, die zwar die Gewinne der Bauunternehmer sichern, an den Bedürfnissen der Bevölkerung aber vorbeigehen. So wurde für 1975 das Budget für den *Nationalstrassenbau* auf 1,02 Milliarden aufgestockt, und vom Investitionsprogramm des Bundesrates zur Abwehr von Beschäftigungseinbrüchen zweigte sich das EMD gleich 90 Mio. für *Militär- und Zivilschutzbauten* ab.

Das St.-Galler Zentrum für Zukunftsforschung rechnet bei seinen Prognosen vor allem mit Grossprojekten im *Kernkraftwerkbereich:* diese Investitionen seien eine *Voraussetzung für eine Wiederbelebung des Baumarktes* Ende der siebziger Jahre. Zunächst müssten allerdings *«die gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten beim Bau von Kernkraftwerken überwunden werden».* Auftraggeber dieser St.-Galler Studie ist übrigens die *Gruppe Schweizerische Bauindustrie,* in welcher jene grossen Bauunternehmer zusammengeschlossen sind, die ebenfalls am Bau von Kernkraftwerken beteiligt sind! Diese Prognose kommt just zu einem Zeitpunkt, da sich in weiten Kreisen der Wissenschaft und auch der Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der Bau von weiteren Kernkraftwerken unter den gegenwärtigen Bedingungen und an den geplanten Standorten nicht verantwortbar ist.

Krisenbekämpfung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung

Trotz der schwierigen Situation im Baugewerbe geht es nicht an, dass eine Rezessionsbekämpfung auf den Schultern der Lohnabhängigen ausgetragen wird, sei dies durch *Lohnkürzungen* oder eine *Verschlechterung der Umweltbedingungen durch Betonierung der Landschaft und den Bau von Kernkraftwerken.*

Weitere und umfangreichere Investitionsprogramme von Bund und Kantonen sind zur Belebung der Baunachfrage unerlässlich. Jedoch sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass die Inhalte dieser Programme tatsächlich *einen Bedarf widerspiegeln.* So besteht z. B. immer noch ein Nachholbedarf im Bereich des *öffentlichen Verkehrs,* des *Umweltschutzes,* des *Städtebaus* (Quartiersanierungen) und im *Erziehungssektor* (Kindergärten, Tagesshorte).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionspolitik der öffentlichen Hand wäre weiter die *Kontrollmöglichkeit über die Beschäftigungs- und Preiswirkungen von Investitions- und Subventionsprogrammen.* Öffentliche Gelder könnten dann an gewisse Bedingungen, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Verzicht auf Preiserhöhungen, geknüpft werden. Dies ist keine utopische Forderung, geschieht dies doch heute schon bei der staatlichen Subventionierung von Renovationsarbeiten, die der Hausbesitzer nur in Anspruch nehmen kann, wenn er sich danach der Mietzinskontrolle unterstellt.

Zum Inhalt eines Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft gehört auch die *Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbusse,* um die Arbeit auf mehr Hände verteilen zu können. Herabsetzung des Pensionsalters, Einführung einer vierten Ferienwoche und Bildungurlaub dienen dem gleichen Ziel. Auch der Kündigungsschutz und die Arbeitslosenversicherung wären auszubauen.

Soziale Alternativen

Ein Lohnabbau, der von den Bauunternehmern mit zunehmendem Kostendruck und sinkendem Auftragsbestand begründet wird, verschärft in Wirklichkeit die Krise in der Bauwirtschaft: die Konsumkraft der Arbeitnehmer lässt nach, wodurch die Konsumgüterindustrie in Schwierigkeiten gerät und somit auch weniger Anlageinvestitionen tätigt, was wiederum mehr Arbeitsplätze im Baugewerbe gefährdet.

Eine Verzichtstrategie der Gewerkschaften zahlt sich hier nicht aus. Obschon seit zwei Jahren die Reallöhne im Bausektor sinken, hat sich die Krise immer mehr verschärft. Die Rezession kann also sicher nicht den Arbeitnehmern mit ihren angeblich überhöhten Lohnforderungen angelastet werden. Es ist deshalb berechtigt, wenn die Arbeitnehmer im Baugewerbe die Verschlechterung ihrer materiellen Lage ablehnen und nicht nur einen Ausgleich der Teuerung, sondern auch eine Kompensation für die ständig steigende Steuerbelastung fordern.

Nicht zuletzt zeigt jedoch die jüngste Krise in der Bauwirtschaft, dass auch vermehrt nach längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Alternativen gestrebt werden muss, um mit verschiedenen Instrumenten der Planung und Kontrolle in einzelne Wirtschaftsbereiche eingreifen zu können. Da dies jedoch heute auch von Unternehmerseite gefordert wird, ist es unerlässlich, dass die Arbeitnehmer in der Politik und in den Betrieben angemessene Positionen beanspruchen, um eine staatliche Lenkung in *ihrem* Interesse durchzusetzen.

Hans Baumann

Verwendete Literatur:

F. Knescharek, *Entwicklungsperspektiven und Probleme der schweiz. Volkswirtschaft,* Bankverein – Heft Nr. 9, 1975
Lagebeurteilung der Bauwirtschaft 1975/1976, Gutachten des St.-Galler Zentrums für Zukunftsforschung, August 1975
T. Angelini, *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft,* «Hoch- und Tiefbau» Nr. 11, 6. 6. 75
H. Kleinewefers, *Die Volkswirtschaft der Schweiz,* Zürich 1974
A. Cogliatti, *Auftragsbestand und Beschäftigungslage aufgrund der SIA-Erhebungen;* «Schweiz. Bauzeitung», Jrg. 93, Heft 42, Oktober 1975

Hohe Stimmen

Prof. Leo Schürmann, Nationalbank-Generaldirektor:
«Eine hohe Arbeitslosigkeit sollte in Kauf genommen werden, um die durch hohe Inflation entstandenen Verzerrungen zu korrigieren.» (indirekt zitiert in «National-Zeitung», 22. 9. 75)

E. Goldberger von der Swissexport:
«Durch die Einführung von Kurzarbeit produzieren die Arbeiter mit kleinerem Zeitaufwand etwa gleich viel wie bei voller Arbeitszeit, erhalten aber weniger Lohn.» (ebenda, 22. 9. 75)

Dr. U. Zürcher, Generalsekretär des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA):
«Eine weitere Gefahr sieht der SIA in den stetig steigenden Forderungen der Arbeitnehmer in bezug auf Weiterbildung (!), Freizeit, Verkürzung der Arbeitszeit und der Einführung einer 40-Stunden-Woche.» (Aktuelles Bauen Nr. 5, 1974)

A. Cogliatti, Präsident des SIA:
«Der Ausleseprozess wird für den einzelnen und für die Firmen noch weitergehen. Ob sich dies vorwiegend nach achtbaren Prinzipien und mit vertretbaren Methoden abspielt, sei dahingestellt.» (Vortrag an der SIA, Informationstagung, 26. 9. 75)

das konzept Tip

Sehstern

Unter diesem Namen gibt das Autorenkollektiv *«Inseli»* eine Zeitschrift für Bildungs- und Erziehungsfragen heraus. Das Kollektiv, welches kompetente Beiträge zu diesen Fragekomplexen aus allen Regionen der deutschen Schweiz und auch der BRD sammelt, versteht sich als liberal, was in erster Linie heissen soll: parteiunabhängig. *«Echte Gegeninformation»,* wie das Kollektiv verspricht, wird tatsächlich geboten, und zwar nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch allen an Bildung im weiten Sinn Interessierten. Zu beziehen bei: Autorenkollektiv Inseli, Obere Zelgstrasse 5, 8590 Romanshorn.

Gewerkschaften in der Schweiz

Der fast eine halbe Million Mitglieder zählende Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat vor kurzem eine Broschüre über die *Gewerkschaften in der Schweiz* herausgegeben (zu beziehen bei: SGB, Postfach 64, 3023 Bern). Darin wird über alle dem SGB angeschlossenen Verbände mit kurzen Darstellungen über Organisationsstruktur, Leistungen und Ziele der Gewerkschaften informiert. Die Information ist eher für Interessierte gedacht denn für Propaganda.

das konzept

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 38 500.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 12: 21.11.75
Inseratenschluss Nr. 12: 28.11.75

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Es ist schwer zu erklären, Frau *P. U.* in *F.,* weshalb die Liste der «Politisch interessierten Frauen (PIF)» im Kanton Zürich bei den Nationalratswahlen einen derart schlechten Erfolg hatte. Es mag sein, dass politisch *interessierte* Frauen eben nicht politisch *attraktiv* genug sind. Dem Vernehmen nach hat sich jetzt aber in gewissen Kreisen eine Gruppe «politisch *un*interessierter Frauen» gebildet, die bei den nächsten Wahlen auftreten will. Schwierigkeiten bereite der Gruppe allerdings noch das Finden einer entsprechenden Abkürzung.

*

Ja, lieber Herr *E. C.* in *Z.,* es befindet sich tatsächlich eine Sprenganlage auf dem Dach der «konzept»-Redaktion. Deswegen hätten Sie aber doch nicht gleich den Bundesanwalt alarmieren mussen, dient doch die Anlage nicht zur Durchführung von anarchistischen Sprengkursen (die finden in den Genie-Rekrutenschulen statt), sondern zum Besprengen des Daches mit Wasser in der Sommerhitze. Damit die Redaktoren beim Zeitungmachen nicht zu heisse Köpfe bekommen.

*

Ich halte es nicht für opportun, Herr *Helmut H.* in *B.,* dass die SP nach ihrem Wahlerfolg nun gleich einen *dritten* Bundesratssitz anstrebt. Vordringlicher sollte sie dafür sorgen, dass die Öffentlichkeit endlich erfährt, dass es neben Willi Ritschard überhaupt noch einen *zweiten* Bundesrat der SP gibt.

*

Nein, liebe Frau *O.M.* in *O.* Der Show-Hypnotiseur *Martin St. James* aus Australien, der «Frauen zu Waschmaschinen werden lässt», wie die Werbung für seine Show verspricht, arbeitet nicht mit übersinnlichen Kräften. Im Gegenteil. Seine Fähigkeiten sind geradezu unterdurchschnittlich; seit Jahrhunderten machen ganz gewöhnliche Männer aus ihren Frauen perfekte Allzweck-Haushaltmaschinen.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis **kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Gebrauchsanweisung:

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Einsendeschluss für die Dezembernummer: 1. 12.75.**

GBH GRUPPE TECHN. ANGESTELLTE
GEWERKSCHAFT BAU UND HOLZ

Innerhalb der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH, Mitgliederbestand 120 000) gibt es eine Gruppe der technischen Angestellten, die versucht, die Interessen des technischen Kaders in Zusammenarbeit mit allen andern Arbeitnehmern des Baugewerbes wahrzunehmen. Die Gruppe Technische Angestellte ist heute schon in allen grösseren Schweizer Städten vertreten.

Wer sich für die Arbeit der Gruppe Technische Angestellte und/oder für einen Beitritt in die GBH interessiert, fülle bitte den nachstehenden Talon aus und sende ihn an das nächste GBH-Sektionssekretariat.

Kontaktadressen in

Zürich: GBH Sektion Zürich-Bau, Gruppe Techn. Angestellte, Stauffacherstr. 60, Postfach 48, 8026 Zürich.

Bern: GBH Sektion Bern/Gruppe Techn. Angestellte, Schwanengasse 10, 3011 Bern.

Basel: GBH Sektion Basel, Gruppe Techn. Angestellte, Rebgasse 1, 4005 Basel.

An alle Architekten, Ingenieure, Techniker, Planer, Bauzeichner und andere technische Angestellte, die im Bausektor arbeiten oder noch in Ausbildung sind:

Talon

Ich interessiere mich für die Tätigkeit der Gruppe Techn. Angestellte in der GBH (vormals SBHV) und wünsche mit Informationen bedient und zu Veranstaltungen eingeladen zu werden.

Name: _____

Adresse: _____

Ort, PLZ _____

Wer reist mit in rassige **Skiferien?** Suche Girls und Boys als tolle Hüttencrew für unverklemmte Sonnenweekends im Wallis. Kurzvorstellung mit Photo an stud. phil. Mungo, case 804, 1961 Haute-Nendaz.

Welches Mädchen möchte mit mir (25, Student) von ca. Februar bis April 76 auf **Asientour** gehen? Bitte schreibe an: Hubert Strittmatter, Baslerstr. 8, D-788 Säckingen.

Wer geht im November – «unendlich» auf einen Trip. In **Südamerika?** Bitte sich melden bei Mims + Twic Scherer, Lerchenhalde 37/3, 8046 Zürich.

SH. Nichtstudentin, 26j., sucht auf Frühjahr Reisekamerad(in) (25.–35j.), für Überlandtrip durch **Asien** evtl. nach **Australien und Neuseeland.** Ursula Wüthrich, Rest. Löwen, 8226 Schleitheim, Tel. 053/6 45 85.

Wer kommt mit in die **USA?** Ab 9. Nov. für 4 Wochen. Weiteres mündlich. Reto Müller (26), Aux Morettes 1, 1197 Prangins, Tel. (022) 61 73 16.

Reisepartnerin gesucht: **Naher Osten, Arabien, Vorderasien.** Start Frühjahr 1976, Dauer ca. 6 Monate. Ernst Hirschi, Blockweg 11, 3007 Bern, Tel. 45 88 95.

Welches nette Mädchen oder Frau kommt mit mir Ende Oktober 3–4 Wochen in mein **Paradies am Meer?** Von dort Exkursionen nach Andalusien. Auto Zelt vorhanden. Es wartet charmanter Adam, 37, ledig, anpassungsfähig, zuverlässig. Emanuel Anderegg, Langmauerstr. 87, 8006 Zürich

Walter Matthias Diggelmann:

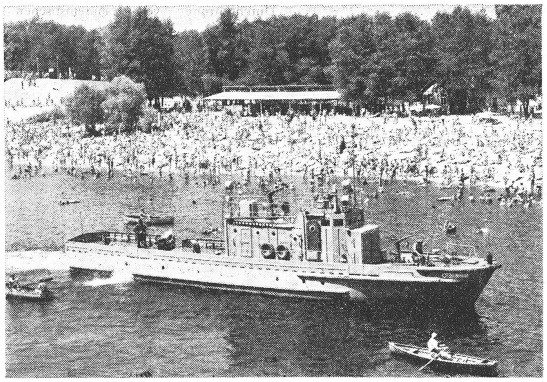
Die Reise begann in Moskau

Unsere Reise nach Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, begann in Moskau.

Wir fuhren, eingeladen vom Sowjetischen Schriftsteller-Verband und dem Progress-Verlag, im direkten Schlafwagen Basel–Moskau. Auf dem Bahnhof erwarteten uns Mura, die deutschsprachige Werke ins Russische übersetzt, und Wladimir, der Auslandsekretär des Verbandes. Auf dem Bahnhofplatz wartete ein Chauffeur mit Wagen auf uns. Der sowjetische Schriftsteller-Verband hat eigene Wagen und Chauffeure. In den kleinen Republiken mit entsprechend weniger Schriftstellern haben die Regionalverbände Dauerverträge mit Taxiunternehmen. Die Hauptstadt der Sowjetunion hat allerdings 1500 Schriftsteller. Der Verband verfügt über ein weitverzweigtes Sekretariat, besitzt eigene Klubräume, und man behauptet überall, in Moskau esse man am besten im Klub der Schriftsteller. Wir zweifeln heute nicht daran, dass es so ist; wir tafelten am Abend unserer Ankunft, das heisst am Abend vor unserer Weiterreise in die Hauptstadt der Ukraine, von sieben bis Mitternacht in einem der Klubräume, der uns an ein Kirchenschiff aus dem 19. Jahrhundert erinnerte. Man klärte uns auf: Das war früher die Loge der russischen Freimaurer.

Im Hotel *«Peking» («Als wir dieses Hotel am Majakowski-Platz bauten, waren unsere Beziehungen zu China noch ungetrübt»)* bezogen wir nicht bloss ein Zimmer, sondern ein Appartement: Salon mit Fernsehempfänger, Radio, Kühlschrank und Klavier, ein Büro, grosser Flur, Schlafzimmer und grosses Badezimmer. In der Sowjetunion ist der Schriftsteller jemand. Und der Leiter des Progress-Verlages sagte uns: *«Wenn wir alle Lesebedürfnisse stillen würden, hätten wir in zehn Jahren keine Wälder mehr. Die Auflagen können wir nicht ausrichten nach dem Bedarf, sondern nach dem Papier und nach der Kapazität unserer Druckereien.»*

Aber es wird nicht nur gelesen in diesem riesigen Land. Auch die Theater sind Abend für Abend ausverkauft, die Kinos, der Zirkus. Schriftsteller ist hier ein magisches Wort, und *«Schweizer Schriftsteller»* heisst so viel wie *«Sesam öffne dich»*. Ein weiteres Zauberwort: *«Delegation»*. Vor zwei oder drei Jahren, erzählt man uns im Verlaufe des Nachtessens, sei eine Sechserdelegation des Schweizerischen Schriftsteller-Verbandes im Lande gewesen. Die seien angerückt mit einem Koffer voller Schweizer Schokoladen und Bonbons, sie seien gekommen wie hilfreiche Wohltäter aus einem besseren Land. Das zu hören ist peinlich. Und das milde Lächeln unserer Gastgeber macht es uns nicht leichter. Erleichtert sind wir erst, als man uns die Namen nennt, Namen, die wir nicht kennen, obgleich wir beide uns hauptberuflich mit Literatur befassen. Nur ein Name sagte mir etwas: Der Mann schreibt Werbeprospekte in Lausanne ... Aber da wir weder die *«Gruppe Olten»* noch den *«Schriftsteller-Verein»* vertreten, sondern nur uns selbst, müssen wir uns nicht entschuldigen.



Küstenwachboot auf dem Dnjepr bei Kiew

*

Am 10. Juli notiere ich: *«Zum ersten Mal absolut keine Geldschwierigkeiten auf Auslandreise.»* Der Schriftsteller-Verband gibt uns pro Tag 25 Rubel Taschengeld, die Hotels sind bezahlt, ebenso die Reisen. Zudem bezahlt mir der Progress-Verlag fast 1000 Rubel für die russische Übersetzung meines Romans *«Die Vergnügungsfahrt»*. Wir wissen, dass wir so viele Rubel bei aller Schlemmerei niemals durchbringen können. Und darum besitzen wir jetzt ein Sparheft bei der Sowjetischen Staatsbank und einen wunderschönen Samowar aus dem 19. Jahrhundert. Der Leiter des Progress-Verlages macht mich allerdings freundlich darauf aufmerksam, dass man mir das Honorar freiwillig bezahle. *«Wir wären nicht verpflichtet»*, sagt er, *«die Sowjetunion ist erst 1973 der Genfer Konvention über Urheberrechte beigetreten. Alle Werke, die vor diesem Datum erschienen sind, gelangen nicht in den Genuss dieses Vertrages. Wir dürfen sie übersetzen, ja überarbeiten, kürzen zum Beispiel, wie es uns gefällt. Aber nun gibt es für uns grosse Schwierigkeiten. Jetzt müssen wir mit dem Autor oder dessen Verleger im Westen verhandeln, wir müssen Verträge unterzeichnen, wir müssen abrechnen, und wir dürfen nicht mehr kürzen, wie wir wollen. Das alles bedeutet für uns viel zusätzliche Arbeit ...»*

Ich habe die russische Übersetzung meines Romans bereits vor Monaten in der Schweiz durch eine Slawistin prüfen lassen. Ich war verwundert, dass in der russischen Ausgabe nicht eine politische Bemerkung ausgemerzt worden war, zum Beispiel die Anspielung auf den Prager Frühling und ähnliches. Hingegen wurden alle direkten Bezeichnungen und Schilderungen im Zusammenhang mit Sex mit grösster Akribie zensuriert bzw. umgeschrieben; Mann und Frau gehen nicht miteinander ins Bett, sie v ... nicht, sondern sie *«lieben sich»*, *«küssen sich»*, und wenn's halt nicht anders geht, *«umarmen sie sich»*. Diese *«literarische Zurückhaltung»* hat allerdings keine Entsprechung im realen Leben. Die jungen Paare knutschen und küssen sich auf offener Strasse. am Strand des Dnjepr oder in der Metro mehr und heftiger noch als bei uns, und es ist nicht schwer, zu erahnen, dass es dabei nicht bleibt.

*

Nach den Gesprächen im Progress-Verlag, der ausschliesslich fremdsprachige Literatur herausgibt und einer der grössten sowjetischen Verlage ist, wieder ein opulentes Essen im Klubrestaurant des Schriftsteller-Verbandes, dann abends im Schlafwagen nach Kiew. Mura, unsere Begleiterin, entschuldigt sich, weil wir zweiter Klasse fahren müssen. Aber es sei eben am selben Tag der Grosse Rat des Sowjets zu Ende gegangen, und die Sowjet-Räte hätten alle Erstklasswagen schon lange im voraus belegt. Dass es auf dieser Strecke (neun Stunden Fahrt) ganz einfach keine Erstklasswagen gibt, wird schamvoll verschwiegen. Sie sind offensichtlich nicht in allen Lebenslagen stolz darauf, eine klassenlose Gesellschaft zu sein; und ganz so klassenlos ist diese Gesellschaft wohl auch nicht.

Wir Schriftsteller, was für eine Wohltat, gehören einer privilegierten Klasse an. Doch auch das wird nicht zugegeben. Ein Lektor des Progress-Verlages betont: *«Es gibt in der ganzen Sowjetunion nur eine privilegierte Klasse, nur eine Elite, und das sind unsere Arbeiter. Die verdienen auch bedeutend mehr als alle anderen ...»* Er meint jedoch die Facharbeiter in Sibirien, die unter sehr schweren Umständen harte Arbeit tun und entsprechend honoriert werden; bei uns, stelle ich fest, würden die Arbeiter auf den Kraftwerkbauten in den Alpen auch sehr gut entlöhnt. Aber es geht ihm nicht so sehr um das liebe Geld, sondern darum, wer die Elite des sowjetischen Volkes ist. Der Arbeiter, der Weltraumflieger, der Bauer? Fest steht nur, dass es unsere Kollegen strikte ablehnen, zur Elite des Landes, zu den Privilegierten zu gehören. Und tatsächlich trägt keiner der Poeten, Romanciers oder Dramatiker einen Orden im Revers, hingegen hat jeder dritte der sowjetischen Gäste im Kiewer Hotel *«Moskwa»* einen oder mehrere Orden an seine Jacke gesteckt, und sie alle sind leicht als Arbeiter oder Bauern zu erkennen. Der Schriftsteller tritt da bescheiden zurück. Den Orden lässt er daheim. Dafür fährt er mit einem russischen Fiat zur Dichterlesung, wo ihn ohne weiteres bis zu tausend enthusiastische Zuhörer empfangen.

Die Dichter sind Fürsten. Nicht erst nach ihrem Tod. Nach ihrem Tod zieren sie freilich die grossen Plätze in den grossen Städten als überlebensgrosse Bronzefiguren auf hohen Granitsockeln. Und all die Hunderttausende von Sowjetbürgern, die aus allen Himmelsrichtungen in Gruppen – und fast nur in Gruppen – zum Beispiel nach Moskau pilgern, stehen nicht nur stundenlang vor dem Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz an, sie stehen ebenso vor dem Eingang zum Tolstoi-Haus, schlurfen still und andächtig, die Schuhe in Filzpantinen, durchs Haus, bewundern stumm Tolstois Arbeitszimmer, wo *«Anna Karenina»* und *«Krieg und Frieden»* entstanden sind, stehen leise vor Tolstois Schlafzimmer und lauschen aufmerksam der Intourist-Reisebegleiterin. Sie besuchen auch das Majakowski-Museum, betrachten still und fromm die Werke dieses revolutionären Dichters und Malers, der sich das Leben nahm, weil er geglaubt hatte, innerhalb des russischen Volkes ein Einsamer, ein Fremder zu sein, ein Unverstandener. Sie gehen still durch die vielen Räume, die vielen Bauern und Arbeiter aus Sibirien, Georgien, Armenien und anderen Republiken der Sowjetunion, und sie können kaum etwas anfangen mit Majakowskis Lyrik, mit seiner Kunst, mit den Plakaten, das alles ist ihnen fremd, aber, und das ist entscheidend: Majakowski war in seiner Zeit ein grosser Dichter und ein begnadeter Maler und Zeichner.

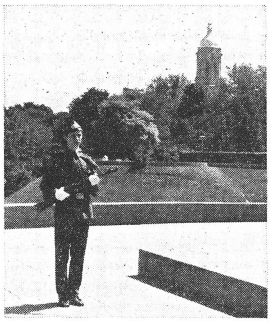
Gross ist alles, und gross muss alles sein. Gross ist das Land, gross die Entfernungen von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Gross sind die Städte, breit die Strassen, hoch und geräumig die Hotelzimmer, gross sind gewöhnliche Mittag- oder Abendessen, und wir haben im Hotel in Kiew in den vielen Etagenrestaurants gesehen, wie die Männer kamen und in der Regel gleich vier Flaschen Bier bestellten; auch der Wodka, der zum Essen getrunken wird wie bei uns Wein, wird flaschenweise im Eiskübel aufgetragen. Alles ist gross und grosszügig, und die Prospekte, die Boulevards sind für unsere Augen unermesslich breit. Gross ist auch die Geduld, die die Menschen haben, Geduld, wie wir sie nicht kennen, Geduld, die wir ungeduldigen Schweizer erst mühsam lernen müssen. Und nochmals: Sie bewundern Fürsten, huldigen ihnen, pilgern zu ihnen, auch wenn es nur Dichter sind und vielleicht nur mittelmässige.

*

Kiew wurde im Zweiten Weltkrieg total zerstört und in den Nachkriegsjahren mit einem ungeheuren Einsatz seiner Bürger wieder aufgebaut. Und sie sind dabei grosszügig geblieben, haben ihre Stadt geplant und nicht wie bei uns wild und verantwortungslos drauflosgebaut. Offensichtlich haben sie hier bereits in den späten vierziger Jahren einiges über Umweltschutz und ökologisches Gleichgewicht gewusst. Ausser in Budapest haben wir nirgends auf unserem Kontinent eine Zweimillionenstadt mit soviel Parks, Gärten und Wäldern gesehen. Wir erleben das viele Grün nicht bloss mit den Augen, auch die Luft ist, verglichen mit der von Abgasen geschwängerten in Zürich oder Moskau, rein, hier lässt sich's atmen. Über die Architektur wollen wir uns nicht mokieren. Eher schämen wir uns für unser Zürich. Geld hatten wir immer und viel Zeit, und unter dem Zweiten Weltkrieg haben wir nicht allzusehr gelitten, und nun betrachte man einmal unsere verschandelte Stadt, man betrachte diese schreckliche «Nicht-Architektur» unserer Architekten. Wir sind uns bewusst, dass Vergleiche immer hinken, dass Vergleiche eigentlich nicht statthaft sind. Jedes Land, jede Stadt hat eigene geschichtliche Bedingungen.

Wir können in Kiew nicht Zürich suchen. Und dennoch stellen wir Vergleiche an. Zum Beispiel fahren wir durch die erst vor wenigen Jahren erbauten neuen Siedlungen am gegenüberliegenden Ufer des Dnjepr. Wohnblöcke wie bei uns in Schwamendingen oder Volketswil, was die Architektur betrifft. Indes: zwischen den Reihen der Wohnblöcke immense Grünflächen, junge Alleen, zwei Fahrbahnen als Einbahnstrassen gebaut, auf den Balkonen wuchernde Schlingpflanzen und Blumen; kleine Gärten oder Parks denken wir unwillkürlich. Auch hier stellen wir Grösse, Weite, Grosszügigkeit fest. Und erst abends im Hotel kommen wir darauf, wieso und warum hier so grosszügig und den Bedürfnissen des Menschen entsprechend geplant und gebaut werden kann: Grund und Boden gehört der Allgemeinheit, dem Staat, es gibt kein Eigentum in unserem Sinn, und es gibt auch keine Spekulation. Keiner kann sich hier durch Besitz an Boden bereichern, es gibt keinen Grundbesitzer, der Nichtbesitzer ausbeuten kann. Und wenn das und jenes doch schief herauskommt, hat das andere Gründe; Fehlplanungen sind nicht ausgeschlossen, bornierte Bürokraten gibt es auch hier jede Menge, aber was uns wieder mit allem versöhnt, ist die Haltung der Sowjetbürger: Sie geben das alles mit einem lächelnden Bedauern zu. Sie sind nachsichtig. Zum Beispiel auch im Strassenverkehr. Es mag ein Autofahrer noch so krasse Fehler machen, nie würde ein anderer schimpfen und fluchen. Und dennoch haben wir immer wieder das Gefühl, hier seien die Menschen rücksichtslos, ja zeitweilig sogar brutal. Wer an einer Bar, an einem Büffet oder an einem Schaschlikstand am Strand des Dnjepr wohlerzogen ansteht und wartet, bis er an die Reihe kommt, wird nie bedient. Wer seine Ellbogen nicht zu gebrauchen weiss, kann verhungern oder verdursten. Und Leute wie wir, die aus einem mehr oder minder höflichen Touristenland kommen, nur einige Brocken Russisch können, aber kein Wort Ukrainisch, sind vollends irritiert. Denn hier spricht keiner eine Fremdsprache. Nicht einmal im riesigen Hotel *«Moskwa»*.

Doch auch dieser Wesenszug lässt sich erklären. Die Ukrainer und besonders die Bürger der Hauptstadt Kiew sind ein stolzes Volk. Kiew war schliesslich die Wiege des grossrussischen Reiches. Nicht Petersburg, und Moskau schon gar nicht. Und sie hüten ihre Eigenart und Eigenständigkeit wie ihren Augapfel. Sie haben auch ihre eigene Literatur, die, wie man uns sagte, unverwechselbar sei und die sie hochhalten und pflegen. Gegenüber dem westlichen Europa, haben wir den Eindruck, sind sie offener. Jedenfalls waren wir äusserst überrascht, als wir im Gespräch auf der Redaktion der Literaturzeitschrift *«Wseswit»* erfuhren, dass die Redaktoren beinahe besser informiert waren über die schweizerische Literatur als wir. Sie nannten Namen und Titel von Werken, die bei uns nicht einmal über-



Wachehaltender Schüler vor dem Ehrendenkmal in Kiew

regionale Bedeutung haben, die wir möglicherweise verkennen. Ironisch oder auch beschämt sagten wir, ein Schweizer müsse eben nach Kiew reisen, um einiges über das Schaffen seiner eigenen Landsleute zu erfahren.

*

Sie wussten hier auch, dass es in der Schweiz eine *«Gruppe Olten»* und einen *«Schriftsteller-Verband»* gibt. Sie wussten allerdings nicht, wie und weshalb es zu dieser Spaltung gekommen war, und als wir ihnen erzählten, dass die *«Gruppe Olten»* durch einen Zusammenschluss der *«Dissidenten»* entstanden sei, dass es sich um Schriftsteller der jüngeren Generation, um Autoren, die bei uns mehr oder minder der *«Linken»* zugezählt werden, gehandelt habe, waren sie erstaunt. Die Linken als Dissidente?

In der Sowjetunion, sagte der Chefredaktor, würden die Dissidenten rechts stehen, seien Konterrevolutionäre, und spätestens hier wurde uns bewusst, dass wir in zwei durchaus verschiedenen Welten leben. Und was wir unbedingt hatten verhindern wollen, konnten wir nun nicht mehr verhindern: Solschenizyn! Wie es ihm so gehe, ob er sich wohl fühle und so weiter? Wir konnten nicht antworten, wir stellten Gegenfragen, zum Beispiel, weshalb diese grosse Sowjetunion einen Solschenizyn nicht verkraften könne, warum die Regierung ihm das Bürgerrecht entzogen, ihn aus Russland ausgewiesen habe. Die Antwort zunächst: ein sanftes, verständnisvolles Lächeln. Dann: *«Er hat, wie es dem sowjetischen Gesetz entspricht, eine Ausreisegenehmigung für zwei Jahre bekommen. Er muss nach zwei Jahren zurückkehren. Wenn er das nicht tut, verliert er das Bürgerrecht. In Amerika ist das auch so. Jeder Amerikaner muss in bestimmten Zeitabständen in sein Land zurückkehren.»*

Wir bohren weiter, nachdem man uns provoziert hat: *«Warum können seine Bücher in der Sowjetunion nicht erscheinen?» «Weil kein Verleger sie will. Er ist ein schlechter Schriftsteller. Er hat zwei oder drei recht gute Bücher geschrieben. Er war ja nicht wegen seiner Schriftstellerei im Arbeitslager, sondern wegen seiner konterrevolutionären Agitation. Erst im Arbeitslager begann er zu schreiben ... Und wissen Sie, vor der grossen Revolution waren in Russland nur zwei Rolls-Royce im Verkehr. Einer davon gehörte Solschenizyns Grossvater. Und der Enkel hat sich nie damit abfinden können, dass seine Familie alle Latifundien verloren hat. Ach, wissen Sie, wir wünschen ihm alles Gute. Soll er eben sein Glück bei den Kapitalisten suchen ... Wir nehmen ihn nicht ernst, und das nimmt er uns übel, daran krankt er. Ein armer Kerl ...»*

«Und wie war es mit Pasternak?»

«Ein grosser Dichter, ein glühender Patriot.»

Wir erkundigen uns nach anderen Namen, Bukowski zum Beispiel, Amalrik. Der Name Bukowski ist nur dem Redaktor, der für deutschsprachige Literatur zuständig ist, bekannt. Er liest deutschsprachige Zeitungen. Unter anderem die *«Neue Zürcher Zeitung»* und die *«Springer Presse»*. Durch diese Zeitungen habe er zum erstenmal den Namen gehört. Nachforschungen in der Sowjetunion hätten ergeben, dass dieser Mann wegen Devisenvergehen und Schwarzhandels bestraft worden sei. Als Schriftsteller sei er unbekannt. Der Physiker Sacharow? *«Der lebt doch hier in Saus und Braus. Der muss nicht einmal mehr arbeiten. Um seine Langeweile zu vertreiben, veranstaltet er jeden Monat eine Pressekonferenz mit westlichen Journalisten. Von Kernphysik versteht er sehr viel. Aber das ist auch alles.»*

Und dann unvermittelt die Frage: *«Wie würden Ihre Landsleute, Ihre Regierung und die Polizei reagieren, wenn Sie wöchentlich Pressekonferenzen für Korrespondenten aus den sozialistischen Ländern abhielten, dabei die schweizerische Demokratie in den Schmutz ziehen würden?»*

«Ich weiss nicht, was geschehen würde.»

«Aber wir wissen es. Sie wären nicht der erste Schriftsteller, dem aufgrund eurer Gesetzgebung das Heimatrecht entzogen würde ...»

Der Name Schaffner fällt. Es stimmt, wir haben ihn ausgebürgert. Und nun ist auch von den antikommunistischen und antisowjetischen Ausschreitungen in den fünfziger Jahren die Rede. Und der schweizerische Antisemitismus der dreissiger und vierziger Jahre wird angedeutet ... Wie erbärmlich armselig steht man plötzlich da? Aber sie wollten eigentlich nicht darüber reden. Die Frage, weshalb es in der Schweiz der Nachkriegsjahre eine so grosse Zahl wirklich talentierter Schriftsteller gegeben habe, interessiert sie viel mehr. Die Vergleichszahlen, die angeführt werden, überraschen sogar uns. Die kleine Schweiz hat in den letzten dreissig Jahren mehr bedeutende Autoren hervorgebracht als die BRD und die DDR zusammen, wenn man an die Zahl der Bevölkerung denkt. Nun, wir können diese Frage nicht beantworten. Wir haben uns auch nie Gedanken darüber gemacht. Aber nun sollen wir uns darüber Gedanken machen, und meine Reisegefährtin soll doch bitte einen ausführlichen Essay zu dieser Frage für ihre Zeitschrift schreiben.

Die Zeitschrift *«Wseswit»*: auch so etwas gibt es bei uns nicht, wäre bei uns nicht denkbar. Das ist eine literarische Zeitschrift, die in ukrainischer Sprache nur in der Republik Ukraine erscheint. Auflage: 350 000. Es werden in jeder Nummer ganze Romane oder Theaterstücke in extenso publiziert, und zwar Werke aus allen Sprachen und aus allen Epochen. Die neueste Ausgabe, die sie uns geben, enthält eine ukrainische Übersetzung des *«Hamlet»* von Shakespeare.

Nachdem der Chefredaktor eine Flasche Krimsekt geöffnet hat, wird mir feierlich mitgeteilt, dass nächstens mein Roman *«Das Verhör des Harry Wind»* in dieser Zeitschrift ungekürzt erscheinen werde. Das aber war nicht der Grund für unsere Einladung. Sie sind neugierig, sie sind scharf aus Informationen aus erster Hand. Zeitschriften und Zeitungen aus dem Westen, die sie aufmerksam lesen und auswerten, genügen ihnen nicht.

*

Am nächsten Tag wollen wir verschnaufen. Der Chauffeur fährt uns durch den nach Harz duftenden Wald zum Dnjepr-Strand hinunter. Bei Kiew teilt sich dieser riesige Strom in viele Arme und vereinigt sich später wieder. Kilometerlanger feinster goldgelber Sandstrand, dahinter lockere Fichtenwälder, warm und doch kühl. Hunderttausende von Kiewern verbringen die schönen Wochenenden an diesem wunderbaren Strand. Sie bringen alle ihr Picknick mit. Zwiebeln essen sie da wie wir Äpfel oder Birnen, und es gibt nichts Klügeres, als ebenfalls in die Zwiebel zu beissen. Dann Schaschlikstände zwischen den Fichten und Buchen, Bierzelte, und irgendwo gibt es Pepsi-Cola. Das Wasser des Dnjepr ist rostbraun und kühl. Aber nicht verschmutzt. Eisenhaltig, erklärt uns eine Hydrologin, Ehefrau eines Schriftstellers, Dozentin an der Universität. Hunderte von Booten, Tausende von Schwimmenden. Jede Viertelstunde fährt ein mit Maschinengewehren bestücktes Küstenwachboot der Kriegsmarine den Fluss hinab und wieder hinauf. Die Besatzung lässig, oben nur mit Unterleibchen bekleidet, ohne Kopfbedekkung, barfüssig, liegt, sich sonnend, auf Deck. Über Lautsprecher machen sie die Badenden auf tückische Strömungen aufmerksam, geben Ratschläge, wie Badeunfälle vermieden werden können, dass Kinder nicht ohne Begleitung Erwachsener ins Wasser sollten. Wir, fasziniert von der Szene, photographieren. Doch gleich werden wir umringt von Einheimischen, die uns sagen: *«Njet, njet ...»* Wir photographieren trotzdem. Schliesslich sehen wir auf dem Zürichsee keine Küstenwachboote, wir haben keine Marine. Doch hinterher erklärt uns Mura, es sei in der Sowjetunion strikte verboten, Objekte, die irgendwie mit der Landesverteidigung zu tun hätten, zu photographieren: Bahnhöfe zum Beispiel, Schleusen, Kasernen, Kriegsschiffe, Flugzeuge und so weiter. Dennoch, es war ein herrlicher Samstag. Noch am Sonntagmorgen roch es in unserem Schlafzimmer nach Zwiebeln ...

*

Sonntag. Wir sind in das in der Bannmeile von Kiew gelegene Erholungsheim für Schriftsteller eingeladen. Der Erste Sekretär des Ukrainischen Schriftsteller-Verbandes erwartet uns zum Mittagessen. Das Erholungsheim: Eine grosse Siedlung kleiner Villen in einem stillen Fichten- und Kastanienwald. Die kleinen Villen: Ein zaristischer Fürst hatte hier auf seinem Grundbesitz für jede seiner Kurtisanen ein Haus gebaut, und

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

da er viele Kurtisanen gehabt hatte, musste er viele kleine Villen bauen. Heute kommen Schriftsteller hierher, bezahlen wenig Miete und leben und schreiben in Ruhe und in guter Luft. Ein Gemeinschaftshaus wurde dazugebaut. Da gibt es die Küche, den Speisesaal und Gesellschaftsräume. Einen Schweizer Schriftsteller verwundert es, dass hier so viele Schriftsteller in Frieden und Eintracht neben- und miteinander leben können. Neid und Eifersucht scheinen sie nicht zu kennen.

Kurtisanen der Partei? Unser Gastgeber lächelt mild. «*Brüderchen*», sagt er und schenkt uns reichlich von dem herrlichen ukrainischen Wodka ein, den man nirgends kaufen kann, «*Brüderchen Walter, du liest zuviele westliche Zeitungen. Komm zu uns. Mache die Augen auf. Und die Ohren. Stossen wir an auf Friedfertigkeit und Brüderlichkeit!*»

Es ist unvermeidlich, das Gespräch, nur unterbrochen von ungefähr neun Gängen und einundzwanzig Wodkas plus Cognac aus Armenien und Erlauer

Chrustschow-Grab von E. Neiswestnij auf dem Nowodjewibchi-Friedhof in Moskau

Stierenblut aus Ungarn und zur Krönung einen englischen Scotch – es ist unvermeidlich, noch einmal von Solschenizyn zu reden, von den Dissidenten im allgemeinen.

«*Ach weisst du*», sagt er wieder lächelnd und gar nicht überheblich, «*wir allein in der Ukraine haben in unserem Verband neunhundert Mitglieder. In Moskau haben sie tausendfünfhundert. Und nun rechne dir aus, wie viele Schriftsteller insgesamt in der Sowjetunion sind. Fünfzehn Republiken! Und weisst du, ich reise oft in den Westen, ich kenne Paris, London und New York, und ich lese westliche Zeitungen. Ich kann Deutsch und Französisch und Englisch, aber bei uns gibt es viele westliche Korrespondenten, die kein Wort Russisch oder Ukrainisch verstehen. Was verstehen die denn von unserem Land?*»

Und noch einmal Solschenizyn: «*Weisst du, ich kenne ihn. Er liebt die Menschen nicht. Er liebt auch seine Frau nicht. Er hasst. Er hasst auch die Schweiz und Amerika. Er ist krank . . .*»

Und dann Wodka mit Cognac und ungarischem Rotwein gemischt: «*Stossen wir an auf die Liebe . . .*»

Weshalb die sowjetischen Schriftsteller ohne Neid und Eifersucht in einem solchen Camp gemeinsam leben können, hat sicher mit ihren gesellschaftlich-sozialen Gegebenheiten zu tun. Es gibt für den Schriftsteller kein Gesetz von Angebot und Nachfrage, es gibt kein Konkurrenzdenken. Der Schriftsteller wird nach seiner Leistung honoriert und nicht aufgrund des Absatzes. Der Schriftsteller bekommt pro Bogen, das sind 16 Buchseiten, 350 bis 400 Rubel, und wenn sein Buch nicht verkauft würde, was kaum der Fall ist, ist er nicht der Leidtragende. Eine zweite Auflage wird im gleichen Verhältnis bezahlt. Die kleinste Erstauflage sind 15 000 Exemplare. Ein Buch von zwanzig Bogen (320 Seiten) bringt dem Autor mindestens 7000 Rubel ein. Netto. Die Steuern sind bereits verrechnet, auch ist er gegen Krankheit versichert, und für sein Alter muss er sich keine Sorgen machen.

«*Und was geschieht, wenn einer aus dem Verband ausgeschlossen wird? Dann kann er nicht mehr publizieren, kein Verlag bringt sein Buch heraus*», fragen wir.

Wieder lächelt Pawlo mild. «*Schau*», sagt er, «*bevor einer Mitglied werden kann, muss er schon zwei Bücher publiziert haben. Also siehst du, er muss nicht Mitglied sein. Etwas anderes ist es, dass wir in unseren Vereinsstatuten einen Paragraphen haben, der lautet, jedes Mitglied habe alles zu tun, um den Sozialismus zu verwirklichen. Wenn aber nun einer kommt und das Gegenteil tut, wird er ausgeschlossen. Und da gibt es eben einen Konsensus: Kein Verlag wird bei uns antisowjetische Literatur publizieren. Bei euch in der Schweiz haben bedeutende Kommunisten und Marxisten auch Einreiseverbot . . .*»

Wir fahren mit drei Flaschen des auserlesenen ukrainischen Wodka ins Hotel zurück. Am Fernsehempfänger verfolgen wir das Abenteuer der Weltraumfahrer «*Sojus-Apollo*»; wir sind uns bewusst, im Westen heisst es «*Apollo-Sojus*».

W. M. Diggelmann

Zu einem leicht misszuverstehenden Buch von Wolfgang Harich

Woraus etwas werden muss

Ein neues Buch: «*Kommunismus ohne Wachstum?*» Die NZZ würde allenfalls das Fragezeichen weglassen. Untertitel: «*Babeuf und der ‹Club of Rome›*». Auf Seite 56 des Buches werden einige Worte über die «*extrapolierte Zunahme des Pferdemistes in London von 1870 bis heute*» verloren; ein entsprechender Untertitel hätte den Vorteil, ebensowenig auszusagen, aber wenigstens noch Heiterkeit und Neugierde zu erregen. «*Sechs Interviews von Freimut Duve mit Wolfgang Harich, geboren 1923, marxistischer Philosoph aus Berlin/DDR.*» Mindestens seit Harichs Rezension von Raddatz' Marx-Biographie im «Spiegel» weiss man mit Günter Grass: «*Kein Zweifel: Harich bewährt sich schon wieder als gläubiger Marxist*» und «*Kein Zweifel: Harich versteht sich aufs Denunzieren*». Ein Buch also, scheint es, das man hüben und drüben, rechts und links vergessen kann.

Warum aber, das bleibt die Frage, hat Freimut Duve, Rowohlt-Lektor und rororo-aktuell-Herausgeber, als Interviewer ein Buch mitgestaltet und herausgegeben, das man vergessen soll? Hat Duve, rechter Sozialdemokrat, Angst davor, dass die «*derzeitige kommunistisch-sozialistische Welt als erste den Übergang zum Kommunismus schaft*» oder dass es sich dabei um einen «*starken, hart durchgreifenden Zuteilungsstaat*» (beide Zitate aus dem Klappentext) handeln könnte und nicht um ein Reich der unbeschränkten materiellen Freiheiten? Harich in einem Brief an Duve am Schluss des Buches: «*Wie soll ich den Verdacht loswerden, dass Sie meiner Wachstumskritik im Grunde nur deswegen zu Publizität verhelfen, weil Sie damit, im Sinne Ihrer Parteioberen, eine neue Variante oppositioneller Haltung innerhalb des sozialistischen Lagers zu fördern hoffen? Seien Sie versichert:* D a r a u s w i r d n i c h t s.»

For Marxists only

Wolfgang Harich, Betreuer der DDR-Feuerbach-Gesamtausgabe, kluger Interpret von Jean Paul, Herder, Rudolf Heym und scharfer Kritiker des Neo-Anarchismus, scheinbar notorischer Schöngeist, hat hier einen Ansatz entwickelt, der, sollte er Schule machen, Marxisten hüben und drüben gewichtige Impulse für eine Neuorientierung ihrer Theorie und Praxis geben dürfte. Allerdings: Harich musste aufgrund seines angeschlagenen Gesundheitszustandes darauf verzichten, dem Buch die eigentlich gewünschte Form zu geben, das siebente Interview fiel wegen einer weiteren Herzattacke gar ganz ins Wasser. So musste oft auf eine durchgehende Beweisführung verzichtet werden zugunsten eines leichter durchzuhaltenden, fast feuilletonistischen Interview-Stils. Dies, der verfehlte Titel, der Klappentext und die sozialdemokratischen Verwedelungsversuche Duves machen es kalten Kriegern und einäugigen Rezensenten leicht, den Text Harichs zu missbrauchen. Dass soll Marxisten, für die Harichs Buch sicher in erster Linie geschrieben ist, nicht davon abhalten, die Anregungen systematisch auszuarbeiten.

Entscheidend sind sicher die drei folgenden aus dem Text herausdestillierten Thesen:

1. Ran an die Ökologie

Zu lange hat die fortgeschrittene marxistische Theorie sich – zu Recht gegen vulgäre Abbildtheoretiker und Naturdialektiker, zu Unrecht aber gegen die beiden Alten der blauen Bände – auf *blosse* Gesellschaftstheorie kapriziert und dadurch Natur, den dialektischen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und der sie umschliessenden Natur aus dem theoretischen und praktisch-politischen Blickwinkel verloren. Naturwissenschaften werden demgemäss fast ausschliesslich unter dem Aspekt analysiert, in wessem Dienst sie stehen, welchem gesellschaftlichen Bewusstsein ihre Forschungsziele entspringen und welchen materiellen und ideologischen Verwertungsinteressen ihre Resultate dienen. So werden unter anderem auch die Ergebnisse des «Club of Rome» vorwiegend als ideologische Stimmungsbombe im Dienst des Grosskapitals interpretiert. Es gelte nun, so Harich, diesen vernachlässigten Aspekt des Eingebettetseins gesellschaftlicher Prozesse in die Natur wieder neu für die marxistische Theorie zu gewinnen, im Sinne von Marx' oft überlesenem Satz: «*Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sich in grossen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmittel vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit.*» (Kapital I, 258)

2. Zwangsläufiger Kommunismus

Dieser Mangel der modernen marxistischen Theorie hindert die Linke bis heute daran, ein brauchbares Verhältnis zur Ökologie zu entwickeln und damit die praktisch-politische Sprengkraft der Ökologie im Kampf gegen den Kapitalismus zu erkennen. Denn: Unaufhörliches Wachstum, unbehinderte Ausplünderung der natürlichen Ressourcen und Zerstörung aller natürlichen Lebensbedingungen sind Existenzbedingungen des Kapitalismus: «*Der Kapitalismus kann, da Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung sein Lebensgesetz sind, unmöglich von der erweiterten zur einfachen Reproduktion übergehen. Je geringer der Anteil ist, den die Arbeiterklasse vom Bruttosozialprodukt erhält, desto grössere Summen investiert die Bourgeoisie in die Erweiterung des – umweltzerstörenden, Rohstoffe verschlingenden – Reproduktionsprozesses. Erst der Sozialismus kennt diese Zwangsläufigkeit nicht mehr. Erst hier kann eine Einschränkung des Massenkonsums, je nach den Zielen, die sich die Wirtschaftsplanung setzt, sowohl der erweiterten Reproduktion als auch ganz anderen, entgegengesetzten Zielen dienen, z. B. dem Schutz der Natur, der Schonung der Ressourcen – ganz wie der Arbeiter- und Bauernstaat es aus a u s s e r ökonomischen Beweggründen haben will.*» (S. 112)

3. Klassenkampf und Ökokampf

Sollte sich die These bestätigen, dass tatsächlich nur der Kommunismus fähig ist, die Menschheit vor dem Untergang zu bewahren, da nur er durch Wirtschaftsplanung, die nicht unter dem Zwang der Profitmaximierung steht, eine unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvolle Güterproduktion erlaubt, könnte diese Erkenntnis eine durchschlagende Waffe der politischen Arbeiterbewegung sein in einer Zeit, wo die ökonomische Arbeiterbewegung in den hochindustrialisierten Ländern trotz Krise immer noch wenig Resonanz findet. Eine politische Strategie, die den Kampf um die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiter und Angestellten mit dem Kampf um die Erhaltung der Biosphäre verbindet, also dem Kapital den kurzfristigen Schlupfweg über eine Profitsteigerung auf Kosten der Lohnarbeiter verbaut, würde das System in einen unentrinnbaren Zangengriff nehmen. «*Das Proletariat wird bereit sein, für die Erhaltung der Biosphäre, für die Rettung der Menschheit vor dem Untergang, auch für ein besseres und menschenwürdigeres Leben der Völker der dritten Welt jedes Opfer zu bringen, von dem die Wissenschaft nachweist, dass es nötig ist. Aber der Bourgeoisie wird es und soll es nichts opfern. Die Zumutung, sich i m R a h m e n des kapitalistischen Systems mit einem einfachen, bescheidenen Leben abzufinden, wird es ablehnen, mit vollem Recht. (. . .) Es müsste nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn unter diesen Umständen eine den Übergang zum Kommunismus propagierende Aufklärungsarbeit, die politische, soziale und ökologische Argumente miteinander verknüpft, bei der Arbeiterklasse auf taube Ohren stiesse*» (S. 111+129).

Karl Hessler

finger zeig

In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das konzept» neuerschienene Bücher für seine Leser.

Der sozialistische Trick

Schuld war der Morgennebel über dem Ostberliner Flughafen Schönefeld. Unsere Maschine nach Prag konnte nicht landen, wir verpassten den Anschluss nach Zürich und mussten deshalb über Frankfurt nach Hause fliegen. Ohne die Kette von Zufällen wäre mir nie die «Welt am Sonntag» in die Hände gekommen, ich hätte nie den Bericht über jenen Sportflieger gelesen, der aus der DDR nach Hamburg geflohen war, und auch die allwöchentliche Kolumne eines gewissen Hans Habe wäre mir entgangen.

Dank sei dem Nebel über Schönefeld. Seinetwegen weiss ich heute, dass ich in einem Land gewesen bin, das es nicht gibt, und seinetwegen ist mir auch bewusst, dass unsere öffentliche Meinung von einer Linken manipuliert wird, die «das politische Recht einer brutalen Minderheit etablieren» will, die «sich in der Verachtung des Menschen» übt und «Kübel von Unrat über den positiven Helden, das Ideal und nachahmenswerte Vorbild» ausschüttet. Leider schweigt sich Herr Habe darüber aus, wer denn nun das «nachahmenswerte Vorbild» sei, und auch dem «Gegengift gegen Böll, Walser, Zwerenz, Engelmann und ihre Kopisten» weiss er leider keinen Namen zu geben. Schade! Ich hätt' es mir gern impfen lassen, damit ich endlich den Unrat dort erkenne, wo er wirklich ist.

Nun ergeht es mir wie dem Schwein, das ja den Dreck, in dem es sich suhlt, auch nicht als Dreck empfindet. Oder sollte ich das Bild andersrum betrachten? Denn: was Unrat ist, entscheiden schliesslich die Herren Habe und Springer ganz alleine, und gemeinsam treten sie auch den Beweis dafür an. Herr Axel Springer, indem er verfügt, dass in seinem Blatt die DDR noch immer in Anführungszeichen gesetzt und damit zur politischen Inexistenz oder Scheinexistenz verdammt wird, Herr Hans Habe, indem er der Linken einen Spiegel vorhält, der nichts weiter ist als ein Stück bemalter Pappe. Von Hans Habe bemalt; denn wer wäre berufener als er, festzustellen, dass die Linke die Gewalt propagiert, den Sadismus verherrlicht, in Blut und Pornographie badet, noble Vorbilder entthront, Autorität missachtet und Brutalität als des Menschen wahre Eigenschaft preist?

Aber mit Manipulation hat das nichts zu tun. Nein, manipulieren, das überlassen wir den Linken, das haben wir nicht nötig. Wir leben ja schliesslich in einer heilen Welt, und jede Gegendarstellung ist ein niederträchtiger Versuch der Linken, zu beweisen, dass es in unserer Gesellschaft noch ungelöste Probleme gibt. Es gibt selbstverständlich keine, und wenn es welche gibt, setzt man sie in Anführungszeichen wie das Land jenseits der Elbe und behauptet, schuld daran sei das Fernsehen, weil es von den Linken beherrscht wird. Auch in der Schweiz. Nur behauptet das hier nicht Hans Habe, sondern Walther Hofer oder ein gewisser Herr Kleiner von der «NZZ». Aber warum gehen sie nicht einen Schritt weiter und geben uns das Gegengift, auf dass auch wir erkennen die Menschenverachtung der Linken und das Heil unserer kapitalistischen Welt!

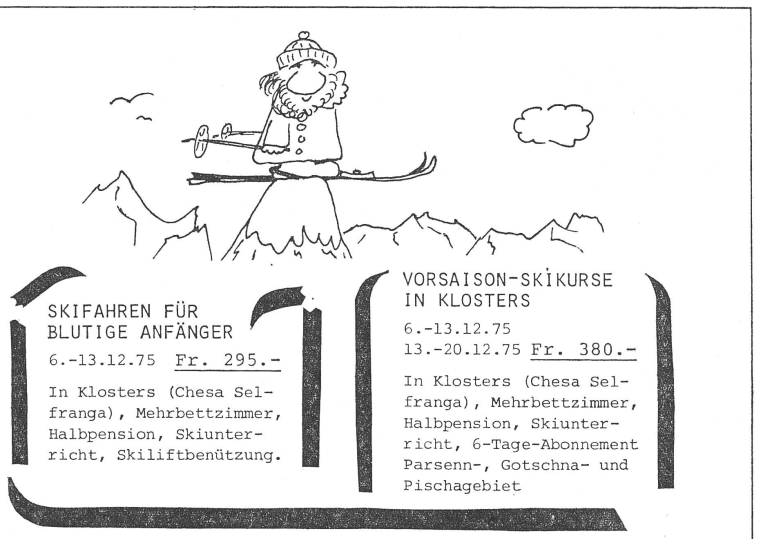
An all dem ist der Nebel über Schönefeld schuld, und ich bin überzeugt, das war ein sozialistischer Trick.

Klara Obermüller

Der Weg zum «Glück»

rk. Ein Buch, dem in der Krisenzeit ganz besondere Bedeutung zukommt, wird vom *Institut für Personalwesen und Arbeitspsychologie* (IPEA) zur rechten Zeit auf den Markt gebracht: «Leitfaden für den Mitarbeiter» (ein Leitfaden für den Vorgesetzten erschien vor längerer Zeit). Das von *Dr. F. Chapuis* verfasste Buch will das «*Schicksal des Menschen verbessern*», damit dieser «*an seinem Arbeitsplatz glücklicher*» ist. In den «*grundlegenden Bemerkungen*» wird auch gleich Grund des Buches gelegt: «*Im Grunde gibt es keinen Widerspruch zwischen Forderungen des Geschäftes und den Anliegen des Personals. Demnach liegt es in Ihrem eigenen Interesse, Gutes zu leisten.*» Neben solch artigen wie naiven Ratschlägen wie «*Variieren Sie die Höhe und Lautstärke Ihrer Stimme*» und «*Zügeln Sie Ihr Gebärdenspiel*» wird allerdings auch handfest geratschlagt: «*Es ist für Sie nur von Vorteil, wenn Sie immer Ihr Bestes hergeben.*» «*Je besser man seine Aufgabe erfüllt, desto lieber gewinnt man sie. Dazu hat man noch das Gefühl, seinen Lohn und seine Stellung regelrecht ‹verdient› zu haben.*» Die Absicht des Buches wird immer klarer, und auch Hinweise auf Loyalität unter den Mitarbeitern können sie nicht verdecken: der Arbeiter oder Angestellte soll zu einem bestfunktionierenden Glied in der Betriebsmaschinerie werden und so kaum Kosten, dafür aber um so mehr Profit schaffen. Schliesslich wird selbst dieses so sanftzüchtige Buch klassenkämpferisch: «*Sie sollen wissen, was Sie ‹sind› und was Sie ‹werden› wollen. Erkennen Sie eindeutig Ihre Möglichkeiten und Grenzen. (. . .) Ein Mensch hat meistens das ‹Glück›, das er verdient.*» Dass dieses «Glück» in Anführungszeichen steht, muss wohl daran liegen, dass es für viele gar kein Glück ist, so viel «Glück» zu haben.

(Übrigens: man kann dieses Buch auch kaufen für 11.50 Franken beim IPEA, Seestrasse 274, 8038 Zürich.)



SKIFAHREN FÜR BLUTIGE ANFÄNGER
6.-13.12.75 Fr. 295.-
In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Halbpension, Skiunterricht, Skiliftbenützung.

VORSAISON-SKIKURSE IN KLOSTERS
6.-13.12.75
13.-20.12.75 Fr. 380.-
In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Halbpension, Skiunterricht, 6-Tage-Abonnement Parsenn-, Gotschna- und Pischagebiet

LANGLAUFKURS IN KLOSTERS
6.-13.12.75 Fr. 260.-
In Klosters (Chesa Selfranga), Mehrbettzimmer, Vollpension, Langlaufunterricht

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

Es geht auch anders:

Mediziner ohne Standesdünkel

Ärztliche Standesorganisationen gehören hierzulande zu den Mächtigen. Wie aber kann sich ein Mediziner Gehör verschaffen, der da nicht kritiklos mitmischen will? Eine Möglichkeit hierzu bietet die Mitarbeit in der Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG). Der VSS unterhielt sich mit einem Vertreter dieser Organisation.

«das konzept»: Was ist die Schweiz. Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG), wie sind ihre Zielvorstellungen?

SGSG: Die SGSG wurde im Mai 74 in Basel gegründet. Sie fasst fortschrittliche Kräfte zusammen, um Reformen im Gesundheitswesen zu erreichen, die tatsächlich zum Nutzen und zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung sind. Im besonderen setzt sie sich ein für die Überwindung krankmachender Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine Medizin, die die sozialen Ursachen und Folgen einer Krankheit berücksichtigt, für eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes und für eine zuverlässige soziale Kranken- und Unfallversicherung.

Wo gibt es überall SGSG-Sektionen, wie arbeiten sie, wie ist die Mitgliederstruktur?

Die grösste Sektion besteht in Basel, wo die SGSG ja auch schon am längsten besteht. In mehreren anderen Städten gibt es Interessentengruppen. Unsere Mitglieder sind Schwestern, Pfleger, Ärzte, Medizinstudenten, Sozialarbeiter usw. Die SGSG ist parteipolitisch nicht gebunden und steht allen Interessenten offen, die mit der Gründungsplattform einverstanden sind. Arbeitsgruppen erarbeiten Grundlagenmaterial zu längerfristigen Problemen und bereiten Stellungnahmen der SGSG zu aktuellen Fragen vor. In der Krankenversicherungsdebatte hat die SGSG aktiv den Vorschlag der SPS unterstützt.

Wir sehen in der laufenden Kürzung von Subventionen an die Krankenkassen und die Spitäler eine bedrohliche Entwicklung, werden doch die Kosten zunehmend auf die Versicherten überwälzt, wobei die unteren Einkommen durch Prämien- und Franchisenerhöhungen usw. bedeutend stärker belastet werden als die hohen. Auch steht dieser finanziellen Mehrbelastung der Drittklasspatienten keineswegs ein erhöhtes medizinisches Leistungsangebot gegenüber. Im Gegenteil, es ist ein *Leistungsabbau* festzustellen: Für untere Einkommen prohibitive Franchisen verunmöglichen einen rechtzeitigen Arztbesuch, Zahnmedizin ist weiterhin nicht kassenpflichtig, an einen Ausbau der Sozial- und Präventivmedizin wird nicht gedacht.

Die SGSG hat mehrmals Spitalpersonal in seinem *Kampf gegen Lohnkürzungen* unterstützt. Auch wenden wir uns gegen den rigorosen *Stellenabbau*. Stellenabbau führt zu einer derartigen Intensivierung der Arbeit des Pflegepersonals, dass eine optimale Pflege, wiederum v. a. der Drittklasspatienten, nicht gewährleistet ist. In der Frage des *Schwangerschaftsabbruchs* tritt die SGSG für eine konsequente Entkriminalisierung ein. Wir haben auch die neulancierte Fristenlösungsinitiative mit einer Unterschriftensammlungsaktion unterstützt.

Wie greift die SGSG in die Diskussionen ein?

Wir geben zehnmal jährlich ein Bulletin heraus, das als kritisches gesundheitspolitisches Forum konzipiert ist (Abo: 10.–/Jahr). Im Winter wird in verschiedenen Städten eine Vortragsreihe zu den Themen Stress am Arbeitsplatz, «Verstaatlichung» der Medizin, National Health Service stattfinden. Im Frühjahr organisieren wir eine Tagung zu Strukturfragen des Gesundheitswesens. Die SGSG will in all diesen Fragen eine Kraft sein, die konsequent für eine optimale medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung, der Drittklasspatienten, eintritt.

Wie kann man mit der SGSG Kontakt aufnehmen?

Telefonieren oder schreiben Sie uns. Unser Büro in Basel ist täglich geöffnet von 10.00 bis 12.00, Tel. (061) 49 82 24. Verlangen Sie unser Bulletin! Unsere Adresse ist: SGSG, Postfach 168, 4001 Basel.

Weniger Ärzte für eine kranke Gesellschaft

Macht des Hippokrates

«Seit mehr als 20 Jahren ist in der Schweiz wie auf internationalem Gebiet von der Überfüllung, der sogenannten Plethora, des Ärztestandes die Rede. Berufsberater und Studenten der Medizin schreiben über die Plethora-Frage im Arztberuf und klagen, dass der Zudrang zum Medizinstudium immer grösser werde und die Zahl der Ärzte in unserem Lande weiterhin stark ansteige ... Die Ärzteorganisationen versuchen mit Recht, durch aufklärende Mitteilungen und Statistiken Studierende davon abzuhalten, das Medizinstudium zu ergreifen.» (Roger Stupnicki, Die soziale Stellung des Arztes, Bern 1953)

«Mit Recht», so konnte man offenbar vor 22 Jahren noch schreiben, würden die ärztlichen Standesorganisationen ihre Sonderinteressen durchzusetzen versuchen. Nun, man ist inzwischen etwas vorsichtiger geworden, was die Wahl der Worte betrifft. Durchaus nicht vorsichtiger aber erscheint die Politik, die durchwegs auf eine Beschränkung der Ärztezahl hinausläuft:

1970: Prof. Gsell erklärt vor der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK), dass innert Kürze mit einem Ärzteüberschuss zu rechnen sei, Prof. iur. Eichenberger (damals Rektor Uni Basel) fordert den Abschluss eines Konkordates zur Vorbereitung des Numerus clausus (NC), und der Regierungsrat des Kantons Bern legt die Kapazitäten der Medizinischen Fakultät durch Beschluss fest.
1971: Die Kantone Aargau und Luzern beziehen sich auf die Erklärungen Professor Gsells und begründen so den Verzicht auf die Schaffung weiterer medizinischer Ausbildungsplätze.
1972: Prof. Dr. med. Delachaux spricht sich für eine drastische Reduktion der Anzahl der Studienanfänger in der Medizin aus. Es erfolgt die Ankündigung der ersten Voranmeldeaktion durch die SHK.
1973: Die Voranmeldeaktion spielt erstmals.
1974: Die Interpellation Gautier (zur Zahl der Medizinstudenten) verwendet die Zahlen der Delachaux-Studie. Eine «Neuauflage» dieser Studie wird in Basel erarbeitet («Basler Studie»).
1975: Der Kanton St. Gallen stellt die Pläne zur Errichtung einer medizinischen Akademie zurück. Gewichtige Argumentationsbasis im Grossen Rat: Die «Basler Studie» ...

Nun wäre es ja theoretisch immerhin denkbar, dass dieser ganzen Politik tatsächlich eine echte Sorge um die optimale Gestaltung des Gesundheitswesens zugrunde läge. Dann aber müssten die jeweils erstellten und eifrig zitierten Studien zum mindesten den an wissenschaftliche Untersuchungen zu stellenden Anforderungen gerecht werden. Schauen wir uns in diesem Sinne aber beispielsweise die Studie des Basler Sanitätsdepartements (*«Bericht über den künftigen Ärztebedarf der Schweiz und dessen Rückwirkung auf die Bedarfszahlen an Medizinstudenten und auf die Art der medizinischen Ausbildung»*, Basel 1974) etwas näher an.

Zahlen aus Basel ...

Ausgehend von einer behaupteten Ärztedichte in der Schweiz von heute 1 Arzt auf 570 Einwohner (1:570) wird vorausgesagt, dass die von der WHO 1968 als idealer Richtwert von 1:450–500 angegebene Ärztedichte – damit gelte der *Bedarf* der Bevölkerung an prophylaktischer und kurativer Medizin als gedeckt – zwischen 1981 und 1984 *übererreicht* werde. Von diesem Zeitpunkt an sollten nur noch so viele Abschlussexamen gemacht werden, wie Ärzte durch Tod oder Pensionierung ausscheiden, da das Bevölkerungswachstum nicht mehr ins Gewicht falle (gemäss Prognose Kneschaurek).

Führe man nicht *ab 1975* eine drastische *Reduktion der Immatrikulationen* für das Studium der Medizin von 65% (gegenüber der Anzahl Neuimmatrikulierter des Jahres 1973/74) durch, so ergäbe sich im Jahr 1990 eine Ärztedichte von 1:370.

... ihre Autoren ...

Die Basler Studie wurde im Auftrag des Sanitätsdepartements des Kantons Basel-Stadt erstellt. Mitarbeiter: praktisch ausschliesslich Ärzte; darunter der ehemalige Präsident und der designierte Präsident der *Medizinischen Gesellschaft Basel, Prof. H. F.* Erscheinungsmonat: Oktober. Erst Mitte Dezember jedoch erschienen zum erstenmal die Resultate der Basler Studie einer «Expertenkommission» in der Schweizer Presse. Im Februar/März erscheint eine weitere Pressemeldung: *«Eine Kommission aus Fachleuten hat errechnet, dass die Schweiz allein aufgrund der jetzigen Studentenzahlen bis spätestens 1985 eine Ärztedichte erreicht hat, die über das jetzige, optimal (!, VSS) geltende Verhältnis von einem Arzt auf 450 bis 500 Einwohner hinausgeht. Damit droht ein Ärzteüberschuss ...» Diese gleichfalls weitverbreitete Meldung fusst auf dem Jahresbericht der Basler Medizinischen Gesellschaft, Verfasser Prof. H. F. ...*

1972 bereits war die Studie des Lausanner Arzteteams *Delachaux/Junod* erschienen. Sie gipfelte in der Forderung eines restriktiven NC: Reduzierung der Studienanfänger um 66%. Zu dieser Studie äusserte sich Prof. O. Gsell vor der Schweizerischen Hochschulkonferenz wie folgt: *«Wir müssen eine Antwort erteilen auf die pseudomathematischen Vorstellungen von Prof. Delachaux. In St. Gallen sind schon negative Auswirkungen spürbar. Die Studie hat unter anderem die folgenden Faktoren vernachlässigt: den Nachholbedarf, die Überlastung der Ärzte, die psychologische Betreuung der Patienten, die Weiterbildung der Ärzte, das neue Ärztebild (wachsende Bedeutung der Präventivmedizin).»* Er blieb mit seiner Kritik nicht allein. Denn ebenfalls auf diese Studie gemünzt ist folgende Passage aus einer SHK-Akte: *«Nicht alle Vorstellungen über den zukünftigen Akademikerbedarf gehen von objektiven Gegebenheiten aus. So könnte es zum Beispiel im Interesse einer Berufsgruppe liegen, zu verhindern, dass zu viele potentielle Berufskonkurrenten herangebildet werden. Auch wäre es möglich, dass bestimmte Arbeitgeber vor allem auch darauf ausgehen, sich in Zukunft nicht zu kostspielige Arbeitnehmer zu sichern. Solche subjektive Erwartungen können in den jeder Manipulation offenen ‹Manpower approach› in hohem Masse einfliessen und ihn möglicherweise verfälschen. Nicht jede Stimme, die die Gefahr eines zukünftigen Akademikerproletariats und im besonderen einer möglichen Ärzteplethora beschwört, tut dies also aus echter Sorge, sondern es können sich dahinter sehr handfeste Gruppeninteressen verbergen.»*

Die Basler Studie ist im wesentlichen eine Neuauflage der Delachaux/Junod-Studie ...

... und ihre Machart

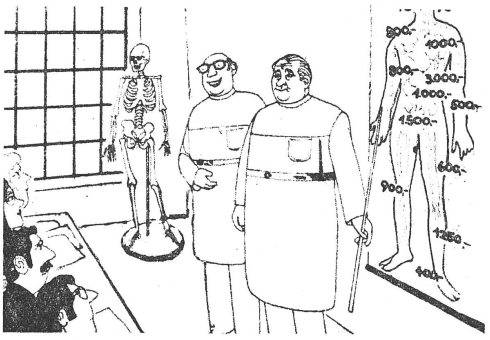
Nicht nur, dass die Basler Studie, welche – wie es der «Zufall» so wollte – gleich in zweifacher Auflage verbreitet wurde, aus einer schlecht beleumdeten und unqualifizierten Quelle schöpfte, ihre «Wissenschaftlichkeit» spottet jeder Beschreibung. Dazu Prof. O. Gsell: *«Dieser anonyme Bericht ist ein ganz schwaches Produkt und muss aus den lokalen Verhältnissen begründet werde.»* Einige Trouvaillen: Es wird behauptet – dies findet sich bereits bei Delachaux vorskizziert (und findet sich ebenfalls im Jahresbericht der Medizinischen Gesellschaft) –, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) habe 1968 als Planziel eine Ärztedichte von 1:450 aufgestellt. Liest man den zitierten Bericht – was die Herren Verfasser offenbar unterliessen –, so entdeckt man, dass dieses Planziel im ganzen Bericht nie genannt wird; ebenfalls erfunden ist eine gleichlautende Empfehlung des Europarats; ebenfalls das Planziel 1985 für Schweden, nämlich 1:430. Es beträgt in Wirklichkeit 1:357. Zum Vergleich: UdSSR: 1:278.

Mit der *«echten Sorge um die optimale Gestaltung des Gesundheitswesens»* scheint es also doch nicht gar so weit her zu sein.

Wissenschaftlich dürftig – politisch brisant

Auch das wäre noch nicht weiter schlimm, wenn solche Studien schnell und diskret dorthin verschwinden würden, wo Unbrauchbares hingehört. Dem aber ist beileibe nicht so: erst kürzlich wieder verwendete der Zürcher Stadtrat die obskuren Zahlen der Basler Studie zur Begründung seiner ablehnenden Stellungnahme zur Volksinitiative für Quartierpolikliniken, und die «NZZ» druckte diese Begründung auch getreulich ab – ohne den geringsten Hinweis auf die Herkunft des zweifelhaften Materials. Nach wie vor wird also eine Politik betrieben, die zu ihrer Rechtfertigung auf derartige Grundlagen angewiesen ist. Und noch etwas springt ins Auge: Die Interessen der ärztlichen Standesorganisationen an der Aufrechterhaltung ständischer Privilegien und diejenigen bürgerlicher Politiker an der Geringhaltung der Kosten des «unproduktiven» Gesundheitswesens sind heute in ihren praktisch-politischen Konsequenzen durchaus gleichgerichtet. Daher ist es auch gar nicht etwa erstaunlich, dass die Parolen der Ärzteorganisationen und ihrer prognosenfabrizierenden Adlaten einen so manifesten politischen Widerhall finden. Anders gesagt: Würde diese Konstellation brüchig, gerieten die Forderungen der Ärzteschaft in einen offenen Gegensatz zu denjenigen bürgerlicher Politik – es dürfte nicht erstaunen, wenn es dann mit dem politischen Einfluss der Standesorganisationen plötzlich viel weniger weit her wäre ... Ein wesentlicher Begriff konnte hier noch keiner ausführlichen Kritik unterzogen werden: das Schwammwort «Ärztedichte». Es wurde zwar oben benützt – zu zeigen bleibt, dass die heute übliche Verwendung mehr Verwirrung zu stiften als wegzuschaffen pflegt. Warum das so ist und wie es zu ändern wäre: mehr darüber auf der VSS-Seite im nächsten «konzept».

VSS-Vorstand



«Herr Professor Fromm spricht jetzt über einen sehr wesentlichen Bereich ärztlichen Wirkens ...»

Soeben in der Verlagsgenossenschaft erschienen:

Franz Rueb

«Alfred Rasser»

Eine Monographie

288 Seiten, 83 Abbildungen, 28.50 Fr.

Rassers Jugend * Rassers Schaffen in Cabaret, Volkstheater und Film * Rassers Philosophen * Der Moralist * Der Kämpfer * Der Anti-Antikommunist * Der Antifaschist * Sozialist? Kommunist? * Die China-Reise 1954 und die Folgen * Läppli der Volksfeind * Nationalrat Läppli * Nationalrat Rasser! *

Ein Stück Zeitgeschichte und Kulturgeschichte der Schweiz *

Ärzte sind für Patienten da

Eine Gewerkschaft, stelle man sich einmal vor, würde verlautbaren lassen, sie erachte den Bedarf an Chemiearbeitern, Lehrern, Eisenlegern, Typographen (oder welche Sparte sie eben grade verträte) als gedeckt, und es sollen doch bitte nur noch genau so viele Leute diesen Beruf ergreifen, wie zum Ersatz der pensionierten, verstorbenen oder sonstwie nicht mehr beruflich aktiven Personen benötigt würden. Die Vorstellung erweckt vermutlich ein mildes Lächeln.

Weiter denke man sich nun aber, diese Gewerkschaft hätte einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Ausbildungspolitik für den betreffenden Beruf, ihre Stellungnahmen könnten dazu führen, dass zum Beispiel die Neuerrichtung einer Gewerbeschule auf dem politischen Parkett unter Hinweis auf eben diese Stellungnahmen wirksam hintertrieben würde. Diese Vorstellung dürfte wohl schon eher Kopfschütteln auslösen.

Und schliesslich: Diese Gewerkschaft hätte die Möglichkeit, einen entscheidenden und zur Berufsausübung so gut wie unerlässlichen Teil der Ausbildung in eigener Regie zu kontrollieren. Das Kopfschütteln dürfte in Entrüstung umschlagen.

Warum schlägt es denn heute nicht um? Warum müssen erst 100 Studenten ihren Studienort zwangsweise zugeteilt bekommen, müssen erst die Warteräume der Polikliniken immer voller und die praktischen Ärzte auf dem Lande immer seltener werden, bis die Alarmglocke gezogen wird? Denn was sich die Verfasser gewisser Ärztebedarfsprognosen – unterstützt von ärztlichen Standesorganisationen – in letzter Zeit geleistet haben, unterscheidet sich tatsächlich nicht sehr von der eingangs konstruierten Situation. Mit einem wesentlichen Unterschied allerdings: verteidigen Arbeiter ihre Rechte, so wissen bürgerliche Medien alsogleich von Subversion, Inflationstreiberei und roter Gefahr zu berichten – versuchen Privilegierte, ihre Privilegien zu erhalten, so herrscht Schweigen oder sogenannte «neutrale Berichterstattung» vor.

Einen wesentlichen Anteil der für solche Zustände jeweils notwendigen ideologischen Verbrämung leistet ohne Zweifel ein Bild des Arztes, das mit der Realität nicht mehr viel gemein hat: Der Arzt als Autoritätsperson, als Vaterfigur, als selbstloser Helfer, mit dem über Geld zu rechten schon fast ein Sakrileg ist – dieses Bild verhindert natürlich eine Gesundheitspolitik im Interesse der Bevölkerung. Und es verhindert vor allem, dass die möglichen Alternativen zum «Arzt als (Klein-)Unternehmer» wirklich zum Tragen kommen: Eine Vielzahl von Ärzten in Gruppenpraxen, staatlichen Ambulatorien, Polikliniken usw. würde eben den so einträglichen Nimbus zerstören.

Zwei Missverständnisse sollten nicht entstehen: Zum ersten möge man uns bitte nicht vorwerfen, wir verträten die Zielvorstellung einer durch technische Massnahmen optimierten, vom Wert der persönlichen Beziehung zwischen Arzt und Patient entleerten Medizin. Wenn wir gegen eine mystische Verschleierung des Arztberufs Stellung beziehen, so meinen wir, dass eben gerade eine sachlichere – in gewissem Sinne «partnerschaftlichere» – Beziehung zum Arzt dem Kranken mehr nützt als eine Heldenverehrung à la Groschenroman. Und zum zweiten: Wir wissen sehr wohl, dass gut und sehr gut verdienende Ärzte dafür auch arbeiten – im Gegensatz zu andern Leuten, die (oft noch höhere) arbeitslose Einkommen beziehen. Es geht uns keinesfalls darum, den Wert dieser Arbeitsleistung zu bagatellisieren. Nur halten wir sie nicht für eine so sehr von andern Arbeitsleistungen verschiedene Sache, dass wir der Zweck von Sonderprivilegien einsehen.

Solche Sonderprivilegien wird es aber geben, solange ärztliche Standesorganisationen selbst über bedeutende Teile der Medizinerausbildung und der Gesundheitspolitik entscheiden. Ärzte aber, und das sollte man nicht vergessen, sind kein Selbstzweck: Ärzte sind für Patienten da. Und auch wenn mancher das vielleicht gerne verdrängt: Patienten können wir alle mal sein. Und deshalb gibt es auch nur eine Instanz, die aufgerufen ist, über alle Belange der Gesundheitspolitik in unserm Staat mitzureden: wir alle.

Werner G. Hoffmann

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

GE·PRESS·T

◀ Die Schweiz ist eine Drehscheibe internationalen *Handels mit Blut*, der hohe Profite abwirft. Solches Blut wird zum Beispiel in Bolivien Spendern bis 8mal monatlich gegen 2.50 $ abgenommen. Die elenden Bolivianer, die mit dem Verkauf ihres Blutserums neunmal weniger erhalten, als es das Reglement der Regierung vorschreibt, werden durch solche Praktiken auf unmenschlichste Weise geschwächt.

Studentische Selbsthilfeorganisationen erproben neue Wohnformen (II)

Wohnungen kommen nicht selbst

In der Juni-Nummer hat sich die Studentische Wohngenossenschaft Zürich (WOKO) vorgestellt. Das Schwergewicht lag dabei auf der ausführlichen Darstellung des WOKO-Wohnmodells: das Wohnen in Gruppen und in Selbstverwaltung. In dieser Nummer schliessen die beiden entsprechenden Organisationen in Basel und Bern die Reihe vorläufig ab. Es geht hier mehr um die finanziellen und organisatorischen Probleme wie auch um die Schwierigkeit, (studentischen) Wohnraum zu beschaffen. Die Verschiedenartigkeit der Beiträge soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich alle drei beschriebenen Körperschaften in ähnlicher Richtung bewegen. Wobei allerdings der Grad der Realisierung recht unterschiedlich ist.

Basel: Sorgen mit Geld und Arbeit

Als die *WoVe (Verein Studentische Wohnvermittlung)* im Herbst 1970 das erste Haus übernahm, schleppten die Vorstandsmitglieder Küchenmöbel und Putzgerät herbei und stellten den ersten Anwärtern auf der Warteliste Mietverträge aus. Dann zogen sie sich ins Büro zurück und waren überzeugt, die zusammengewürfelten Mieter würden nicht nur von den Vorteilen kollektiver Haushaltführung profitieren, sondern auch die im Haus anfallenden Putz- und anderen Arbeiten gemeinsam erledigen und so das Ideal der Selbstverwaltung verwirklichen. Nichts dergleichen geschah.

Diese Erfahrungen zwangen die WoVe, einerseits ein Minimum an Vorschriften in der Hausordnung festzuhalten und andererseits bei der Vermietung auf die Zusammensetzung der Gruppe zu achten (vgl. grossen Kasten).

Woher kommt das Geld?

Das leidige Problem der *Abbruchliegenschaften*, die immer nur auf Abruf zu mieten sind, konnte nur gelöst werden, wenn der WoVe eigener Wohnraum zur Verfügung stand. Deshalb wurde für Projekte wie Liegenschaftskäufe oder Zeichnung von Genossenschaftsanteilscheinen eine Art Fonds errichtet, der sich zurzeit auf 62 000 Franken beläuft. Gespeist wurde er während dreier Jahre – bis zur gerichtlichen Aufhebung der Zwangskörperschaft im Herbst 1974 – durch Beiträge von zwei Franken pro Student und Semester, welche die Studentenschaft zugunsten der WoVe einzog. In der neuen Gebührenordnung der Universität Basel ist zwar wieder derselbe Beitrag für *studentisches Wohnen* vorgesehen; ob diese Beiträge dann ganz der WoVe zufliessen werden, ist allerdings noch offen. Somit ist auch die künftige Aufstockung des Fonds noch ungewiss.

Im Sommer 1971 versuchte die WoVe einige Liegenschaften zu erwerben. Durch die hohen Preise und unser geringes Eigenkapital sind wir auf staatliche Hilfe angewiesen, wenn eine preisgünstige Vermietung überhaupt noch drinliegen soll. Doch ehe noch unsere Gesuche um Staatsbeiträge beantwortet waren, hatten die Liegenschaften bereits den Eigentümer gewechselt. Die Trägheit in der Finanzierungsfrage machte die WoVe auf dem Liegenschaftenmarkt völlig konkurrenzunfähig.

Genossenschaft als Lösung

Im Herbst 1972 wurde zusammen mit Wohngemeinschaften die *Genossenschaft für Wohngemeinschaften (WoGe)* gegründet. Bereits im November 1972 stellte die WoGe dem baselstädtischen Regierungsrat das Gesuch, der Genossenschaft im Rahmen der Überbauung des alten Schlachthofs (zentral gelegenes Staatsgelände) ein Baurecht für subventionsberechtigte 6- bis 8-Zimmer-Wohnungen für 120 Personen einzuräumen.

Auch hier sind wir allerdings auf staatliche Hilfe angewiesen – die Mieten der ohne Subventionen erstellten Neubauten dürften bekannt sein.

Die allzu verschiedenartigen Interessen der Genossenschafter konnten den Aufbau der WoGe nicht vorantreiben. Da der Kanton Basel-Stadt als Hochschulträger nicht bereit ist, Unterkünfte für Studenten zu erstellen, jedoch private Vorhaben unterstützt, ist die WoVe bestrebt, die Genossenschaft zu erhalten. Um eine kontinuierliche Arbeit für die Genossenschaft zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Einzelpersonen auszuschliessen, wird die Genossenschaft nur noch mit juristischen Personen weitergeführt.

Die Eingabe Schlachthofareal ist noch immer hängig. An einer Pressekonferenz wurde immerhin erwähnt, dass Studentenwohnungen vorgesehen seien; in welcher Grössenordnung aber und ob die WoGe einbezogen wird, ist noch nicht geklärt. Entscheidend wird die Frage der Subventionierung sein; Das kantonale Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus sieht einzig die Förderung preisgünstiger *Familien-, Alters- und Invalidenwohnungen* vor. Kantonale Hilfe kann der WoGe nur durch einen referendumsfähigen Grossratsbeschluss zuteil werden. Beim Bau von Lehrlings- und Studentenheimen pflegte der Kanton jeweils ein Drittel der Baukosten à fonds perdu zuzuschiessen. Zudem ermöglicht das noch junge *eidgenössische Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz* neuerdings Bundessubventionen an Wohnungen für Personen, die in Ausbildung stehen.

Die Krise betrifft auch das studentische Wohnen

Probleme bietet ferner die weitere Finanzierung der Verwaltungskosten. Von Anfang an war die WoVe der Ansicht, die Lohnkosten sollten nicht auf die Mieter abgewälzt, sondern vom Kanton getragen werden, der auch die Studentenheime unterstützt. Anfänglich leisteten die Vorstandsmitglieder das beträchtliche Arbeitspensum (etwa 35 Wochenstunden) ehrenamtlich. Dank Beiträgen aus dem Lotteriefonds des Kantons Basel-Stadt konnten von 1972 an bescheidene Stundenlöhne bezahlt werden, doch werden diese Beiträge Ende September erschöpft sein. Eine Eingabe ins Budget 1976 des Kantons Basel-Stadt wird derzeit vorbereitet.

Die heutige Wirtschaftslage macht es Studenten schwer, eine Teilzeit- oder Ferienarbeit zu finden, was insbesondere Stipendienbezüger und Werkstudenten hart trifft. Infolgedessen können sich weniger Studenten elternunabhängiges Wohnen oder grosse Zimmer leisten. Die Warteliste der WoVe ist denn auch entsprechend geschrumpft.

Nach wie vor erachten wir es aber als nötig, Alternativen zum herkömmlichen Wohnen anzubieten, die auch für Personen erschwinglich sind, die sich in Ausbildung befinden. *WoVe Basel*

Der Verein «WoVe» Basel in Stichworten

- **Rückblick:**

1969/70: Eine Arbeitsgruppe in der Sozialkommission der Studentenschaft studiert Organisationsformen studentischer Selbsthilfe auf dem Wohnungssektor und knüpft erste Beziehungen zu Liegenschaftseigentümern und staatlichen Stellen

Im Herbst 1970 werden die ersten Wohnungen gemietet und der «Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe)» gegründet. Obwohl das Zimmerangebot dank dem kantonalen und eidgenössischen Abbruchverbot rasch anwächst, kann die enorme Nachfrage nicht befriedigt werden.

1972 wird die Genossenschaft für Wohngemeinschaft (WoGe) gegründet.

Heute vermietet die WoVe 280 Zimmer.

- **Strukturen:**

Neben der *Studentenschaft Basel* gehören der WoVe etwa 30 Personen, vorwiegend Mieter und ehemalige Mitarbeiter, an. Obwohl die Rechtsform des Vereins den Mitgliedern weitgehende Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten bietet, beschränkt sich das Vereinsleben auf die jährliche Generalversammlung.

Die Arbeit lastet vollständig auf dem Vorstand, der bisher aus fünf Mitgliedern bestand. Neuerdings ist die Zahl unbegrenzt, doch konnten noch keine neuen Mitglieder gefunden werden, was wohl auf die magere Entlöhnung – zurzeit 7.50 Fr./h – und das geringe Sozialprestige zurückzuführen ist. Jedes Vorstandsmitglied betreut einen Teil der WoVe-Liegenschaften als Hausverwalter und ist in diesen für Vermietung, Reparaturen, Kontakt zu Mietern und Vermieter usw. zuständig.

- **Mietbedingungen:**

In den 280 – unmöbliert vermieteten – Zimmern der WoVe wohnen nicht nur Studenten; auch Personen, die in anderer Ausbildung stehen, können bei uns wohnen, wenn ihr(e) Freund(in) studiert oder wenn sie einer Wohngemeinschaft angehören, deren Mitglieder zur Mehrzahl studieren.

- **Warteliste:**

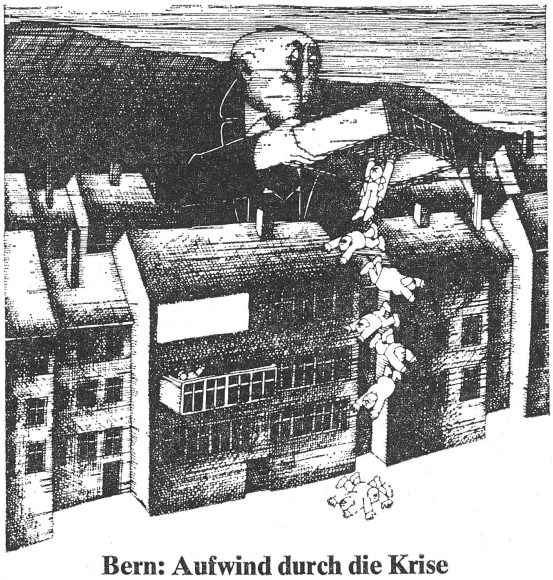
Heute werden in der Regel alle Wohnungen, die die WoVe neu übernimmt, an Gruppen vermietet, die sich bereits als Wohngemeinschaft angemeldet haben. Auch einzelne Zimmer werden nicht mehr automatisch an den ersten Mietanwärter auf der Warteliste vergeben. Vorausgesetzt, die bestehende Gruppe entwickelt minimale gemeinsame Aktivitäten, wird das Zimmer den ersten zehn Mietanwärtern angeboten. Der Hausverwalter bestimmt dann zusammen mit den Gruppenmitgliedern den neuen Mieter.

- **Zimmerpreise:**

Ein WoVe-interner-*Mietzinsausgleich* sorgt dafür, dass die billigen (Abbruch-)Objekte die teureren Wohnungen teilweise subventionieren. Die heutige Durchschnittsmiete beträgt 130 Fr. (ohne Nebenkosten). Dieser Betrag kann allerdings nicht mehr lange gehalten werden, da vor allem die Kosten für Energie, Heizung, Reparaturen usw. rasant ansteigen. Zudem nehmen die billigen Objekte anteilmässig ab, womit die Einnahmen für den Mietzinsausgleich zurückgehen.

- **Wohnvorstellungen:**

Von Anfang an versuchte die WoVe die *Bildung von Wohngemeinschaften* zu fördern; einerseits da das Bedürfnis nach Kommunikation weder durch den Studienbetrieb noch durch das Wohnen in Einzelzimmern befriedigt wird, andererseits ergeben sich durch die gemeinsame Küchen- und Badbenützung ohnehin ständig Kontakte zwischen den Bewohnern einer Wohnung, die das gemeinsame Wohnunen bei tiefverwurzelten Antipathien für alle unerträglich machen.



Bern: Aufwind durch die Krise

Wie anderswo verstärkte sich auch in Bern seit längerer Zeit der Trend der Studenten zu selbständigem und gemeinsamem Wohnen. In einer Umfrage zur sozialen Lage der Studenten, durchgeführt von der Sozialkommission der Studentenschaft, gab ein Drittel der Befragten die *Wohngemeinschaft als bevorzugte Wohnform* an. Im Winter 1972/73 versuchte deshalb die Studentenschaft, einen Vermittlungsdienst für Adressen von Wohnungsbesitzern aufzuziehen, die bereit waren, an Studenten zu vermieten. Das klägliche Resultat grosser Anstrengungen – regelmässige Inserate in der Tagespresse und Anschreiben von Inserenten – war ein Einfamilienhaus und eine Dreizimmerwohnung. Hingegen hatten sich auf der Mieterwarteliste in kurzer Zeit über 200 Personen eingeschrieben.

Entmutigender Anfang

Das solchermassen ausgewiesene grosse Bedürfnis führte im Juni 1973 zur Gründung des *Vereins Studentische Wohnvermittlung Bern (SWB)*. Daneben besteht nach wie vor die von der Studentenschaft betriebene Zimmervermittlung, welche kostenlos Adressen von freien Zimmern und Mansarden abgibt.

Die SWB ist somit die jüngste studentische Wohnvermittlungsorganisation an den Schweizer Universitäten. Statuten und Organisation lehnten sich stark an die bestehenden Vorbilder, vor allem an jenes von Basel, an.

Schwierigkeiten bot einmal die Beschaffung von Finanzen. Die in Bern für studentische Geldbegehren zuständige *«Kasse für studentische Zwecke»* gewährte dem Verein ein grösseres Startkapital als Darlehen. Der VSS zeigte sich mit einem Solidaritätsbeitrag grosszügiger. Eine grossangelegte Bettelbriefaktion deckte knapp die damit verbundenen Unkosten. Die Wohnungssuche verlief auch nicht eben ermutigend: Bis Mitte 1974 konnten ganze acht Zimmer gemietet werden. Verhandlungen mit Kanton und verschiedenen Institutionen und Organisationen verliefen alle ergebnislos.

Seither verbesserte sich die Situation zusehends. Das Angebot an Wohnungen beläuft sich gegenwärtig auf über achtzig Zimmer. Dieser erfreuliche Zuwachs ist einerseits darauf zurückzuführen, dass der geschäftliche Verhandlungskredit wuchs. Anderseits konnte der Verein von der sich verschärfenden Wirtschaftslage insofern profitieren, als verschiedene Unternehmen und Betriebe ihre Gastarbeiterbestände reduzierten und den dadurch frei gewordenen Wohnraum zur Miete anboten. Die Wirtschaftsentwicklung hat auch zur Folge, dass gemietete Abbruchhäuser zumindest in naher Zukunft vor Zerstörung verschont sein werden.

Vermietungspraxis

Die Objekte werden in der Regel an schon bestehende Gruppen abgegeben, die sich als solche auf der Warteliste eingetragen haben. Die Gruppengrösse schwankt in der Regel zwischen drei und sieben Mitgliedern, doch existiert auch eine 10köpfige Wohngemeinschaft und eine mit 22 Mitgliedern. Da es äusserst problematisch ist, Wohngruppen aufgrund von Einzelanmeldungen zusammenzustellen, wird versucht, einzeln angemeldete Studenten in bestehenden Wohngemeinschaften unterzubringen, auch ausserhalb des Vereins.

Auch bei Gruppen wird in der Regel mit jedem Mitglied ein eigener Vertrag abgeschlossen. Die Verteilung der Zimmer und des Mietzinses innerhalb der Wohnung wird aber der Gruppe überlassen. Diese Regelung ermöglicht ihr, sich nach ihren Bedürfnissen einzurichten. Sie fördert auch die gewünschte teilweise Selbstverwaltung. Ziel des Vereins ist ja nicht nur die Bereitstellung von billigem Wohnraum, sondern es soll *alternatives Wohnen in Gruppen* ermöglicht werden.

Interessant ist dann aber die Feststellung, dass Objekte, die von den Mietern beispielsweise gestrichen werden müssen (die Farben stellt der Verein zur Verfügung), nur schwer vermietet werden können.

Entsprechend den Statuten will der Verein *vor allem* Studenten in ihren Wohnproblemen helfen. Dies bedeutet, dass auch nichtstudentische Mitglieder einer angemeldeten Gruppe ohne weiteres mit in die Wohnung einziehen können.

Heutige Schwierigkeiten

Die Berner Wohnvermittlung steckt noch immer in der Startphase. Diese Situation liefert einige zusätzliche Schwierigkeiten. So mussten einige günstige Objekte *wegen fehlender Kapitalreserven* ausgeschlagen werden. Ein Objekt kann erst gemietet werden, wenn die zukünftigen Mieter bereits feststehen. Eine grössere Wohnung, die während Wochen leersteht, bringt den Verein an den Rand des finanziellen Ruins. Auf Wohnungen und Häuser, die grössere Investitionen für Renovationen und Ähnliches erfordern, muss wegen fehlender Finanzen ebenfalls verzichtet werden.

Andere Probleme sind eher strukturell Art: Heute liegt der Schwerpunkt im freien Wohnungsmarkt auf den Zwei- bis Dreizimmerwohnungen. Vierzimmerwohnungen sind schon deutlich seltener, Fünfzimmer- und grössere Wohnungen gibt es fast keine zu mässigen Preisen. Die ideale Grösse für eine Wohngruppe dürfte aber bei vier bis sechs Personen liegen.

Keine Studentenghettos

Das von der Studentischen Wohnvermittlung verfolgte Konzept bietet gegenüber der Idee von Studentenhäusern und Siedlungen vor allem zwei Vorteile: die Kosten sind minimal, und die mit Siedlungen immer verbundene Gefahr der Ghettobildung kann vermieden werden, da die Mieter auf die ganze Stadt verteilt und in der Regel in nichtstudentischer Umgebung wohnen. Damit die ganze Aktion aber mehr als Symptomtherapie wird, müssen von irgendwoher Geldmittel für Investitionen und Mitarbeiter bereitgestellt werden, damit die Organisation genügend Wohnraum zur Verfügung stellen kann.

Wohnvermittlung Bern

Adressen und Hinweise

Ab Herbst ist bei den Studentenschaften eine Broschüre erhältlich mit Adressen und Angaben über sämtliche Stellen, die Wohnraum vermitteln oder selbst zur Verfügung stellen. Die von der WOKO Zürich ausgearbeitete Gratisbroschüre enthält auch Angaben über Lage, Preis, Komfort und Wohnmodus der betreffenden Objekte.

Der Schweizerische Studienführer, dessen 4. Auflage im Juli erschien, bringt den neuesten Adressenstand der Zimmer- und Wohnvermittlungsstellen aller Hochschulstädte in der Schweiz. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem VSS, Verlag Paul Haupt, Bern, erhältlich in den Buchhandlungen (9.70 Fr.).

Vom politischen Wohnen

«Dann zogen sie sich ins Büro zurück und waren überzeugt, die zusammengewürfelten Mieter würden . . . das Ideal der Selbstverwaltung verwirklichen.» Mit selbstironischem Unterton zeigt die «Studentische Wohnvermittlung» in Basel, wie es offenbar nicht geht: Wohnen als Ergebnis eines Verwaltungsakts, als Resultante aus Quadratmeterpreis, Ajaxvorrat und Küchenbenützungsrecht – das ergibt noch längst keine Alternative. Bei allem guten Willen muss offenbar ein Lernprozess aller Beteiligten einsetzen, bevor studentische Organisationen dazu gelangen, in diesem – wichtigen! – sozialen Bereich mehr als nur Lückenbüsserdienste leisten zu können.

Bei den hier beschriebenen Organisationen (vgl. auch Juninummer) scheint dieser Schritt getan zu sein; recht klare Vorstellungen über Wohnmodelle, aber auch über Mittel und Wege zur Verwirklichung, mögen jene überraschen, die sich bis anhin unter studentischer Wohnvermittlung gerade einen Karteikasten mit Adresszettelchen wohlwollender Schlummermütter vorgestellt haben.

Dennoch bleibt die Frage, wem das Ganze denn nun eigentlich nützt. Wäre es, so könnte man sich heute fragen, nicht sinnvoller, alle vorhandenen Kräfte auf die Erhaltung jener Organisationen zu verwenden, die den Aufbau auch der studentischen Wohndienste überhaupt ermöglicht haben – der verfassten Studentenschaften also – und sich erst nach deren Konsolidierung wieder um den Bereich der sozialen Dienstleistungen zu kümmern?

Die Frage ist verständlich, doch letztlich falsch gestellt. Es kann ja nicht darum gehen, einen leeren Ballon namens «Studentenschaft» über die Runden zu bringen. Nur die Beschäftigung mit den konkreten Bedürfnissen der in Ausbildung Befindlichen und der immer neu zu leistende Beweis, dass allein selbstverwaltete und unabhängige Organisationen zur Erarbeitung und Konkretisierung von wirklichen Alternativen fähig sind, wird die ewige Argumentation widerlegen, dass die Studentenschaften ja eigentlich «überflüssig» seien, da ihre Leistungen ebensogut von der jeweiligen Hochschulverwaltung erbracht werden könnten.

Dazu kommt etwas anderes: Gerade der Wohnbereich ist durchaus nicht so «politisch neutral», wie oft etwa vorgegeben wird. Nicht umsonst wurde die kleinbürgerliche Dreizimmerwohnung als wichtiger Nährboden für die Massenbewegung des deutschen Faschismus bezeichnet – womit nichts gegen die jeweiligen Bewohner, alles aber gegen jene Formen der Unterdrückung und Entfremdung gesagt sein soll, die sich in unmenschlichen Wohnformen ganz allgemein zu etablieren pflegen. Ob sich das nun in einer Kasernierung à la Göhners-wil oder in der restriktiven Hausordnung von Schlummermutters Gnaden äussert, ist letztlich für den Betroffenen unwesentlich: Für ihn ist all dies zunächst einmal einfach unangenehm und beengend. Je weniger Alternativen hier bestehen, desto eher wird solcher Druck in den Augen des Betroffenen zum Naturgesetz; Strategien der Befreiung werden als Utopien betrachtet, wenn nirgends Ansätze zu ihrer Verwirklichung zu erkennen sind.

Und genau hier tritt die Tätigkeit studentischer Wohnorganisationen aus dem Bereich einer getreuen Verwaltung nützlicher Dienstleistungen in denjenigen politischer Bedeutsamkeit über. Wenn gezeigt werden kann, dass auch Wohnformen lebensfähig sind, die sich nicht mehr bloss an hergebrachten Normen unserer Gesellschaft messen, so muss geschlossen werden, dass diese Normen eben ganz allgemein kritisierbar und veränderbar sind: dass also jede bestehende Norm nichts anderes ist als der Ausdruck des gegenwärtig erreichten Entwicklungsstands. So trivial dies scheinen mag: Das nicht nur zu wissen, sondern konkret zu erfahren ist wohl Voraussetzung jeder Praxis, die das Prädikat «verändernd» für sich in Anspruch nehmen will.

Werner G. Hoffmann

GE·PRESS·T

arbeit & wirtschaft

$ Erhöhter Gewinn der Société suisse pour l'industrie horlogère. Gleichzeitig haben die Arbeiter eine reduzierte Arbeitszeit und natürlich reduzierten Lohn von 20% hinzunehmen.

$ Die Zahl der Konkurseröffnungen in der Schweiz hat im ersten Halbjahr 1975 um 55% auf 424 zugenommen.

$ Ende Juni gab es in der Schweiz 7531 eingeschriebene Arbeitslose oder 1000 mehr als Ende Mai.

$ Nach einer Statistik des *Internationalen Arbeitsamtes (ILO)* ereignen sich jährlich über 50 Mio. Arbeitsunfälle auf der ganzen Welt, das sind täglich 160 000.

$ Die *Schweiz. Unfallversicherungsanstalt (SUVA)* gibt *für die Schweiz* und das Jahr 1973 eine Zahl von 273 900 Berufsunfällen und -krankheiten an; der grössere Teil davon, nämlich 136 900, gilt als «ordentliche Unfälle», während 4700 Berufskrankheiten sind.

Spanien nach Franco

Muerte a la Muerte — Viva España

pf. Mit dem Verschwinden des 83jährigen Greises Franco hat Spanien seinen Besitzer verloren, den väterlichen Diktator, der es behandelte wie sein eigenes Zuchtgärtchen – von Zeit zu Zeit ein Paar Exekutionen zur Unkrautvertilgung. Hunderttausende haben während des Bürgerkriegs ihr Leben lassen müssen, 192 684 Exekutionsbefehle hat der Caudillo allein in der Zeit zwischen 1939 und 1944 persönlich unterzeichnet, 5 Oppositionelle wurden vor einigen Wochen hingerichtet, und noch während Franco sich gegen einen Tod wehrt, den er so oft gegeben hatte, rollte eine neue Verhaftungswelle über das Land. Dass sich eine Opposition – wenn auch teilweise im Exil – noch am Leben erhalten konnte, mag erstaunen. An diese Opposition richtet heute das spanische Volk seine Hoffnung auf Demokratie und Freiheit.

Am 24. Oktober, kurz nachdem zum ersten Mal die allzulange verschwiegenen Ärztebulletins in der spanischen Presse abgedruckt wurden und die durch widersprüchliche Gerüchte abgespeiste Öffentlichkeit Spaniens offiziell über den Gesundheitszustand des Caudillo orientiert wurde, fand in Paris eine Pressekonferenz der Junta Democrática de España (J. D. E.) statt. Dieser Gruppierung gehören verschiedene Gruppen und Parteien an, die seit langem für die Demokratie in Spanien einstehen: vom Opus Dei bis zum Partido comunista de España, ohne die Rechtsradikalen, die FRAP (Frente revolucionario antifascista popular), die ETA (baskische Opposition) und die verschiedenen trotzkistischen Gruppen. Es soll hier dem Inhalt nach das Communiqué, das unter andern von den Herren *Vidal Beneyto, Rafael Calvo Serer, Luis Vilallonga* und *Santiago Carrillo* herausgegeben wurde, wiedergegeben werden.

Rechte Papiertiger

In erster Linie wurde die Krankheit des Staatschefs zum Staatsgeheimnis gemacht wegen der enormen politischen Bedeutung, die dem Tod und damit dem endgültigen Verschwinden des Greises von der politischen Bühne beigemessen wird. In den Augenblicken, da in den grossen Städten des Landes um die möglichen Konsequenzen des Todes des Tyrannen gebangt wird, scheint die extreme Rechte das Geschehen mit gewisser Sorglosigkeit zu verfolgen. Wenn auch zu befürchten ist, dass es die extreme Rechte, im Moment, wo in Spanien der Ruf nach Demokratie ertönt, zu blutigen Auseinandersetzungen kommen lassen könnte, so darf doch festgestellt werden, dass sie gegenwärtig weit weniger Kraft als Macht hat. Sie steht nach dem Verschwinden Francos ohne Leader da, der sie zusammenhielt, zerstritten durch die Machtkämpfe ihrer verschiedenen Exponenten. Sicher mag in einigen Fällen die mögliche Teilnahme der Rechtsradikalen am Entscheidungsprozess unterschätzt werden, jedoch gesteht man ihr nur wenig Chancen zu, trotz ihrem polizeiähnlichen Charakter. Diese Überlegung und das Wissen um die Morbidität abgenutzter franquistischer Institutionen lassen schwer glauben, dass sich die Monarchie, wie sie von Franco verstanden wird, in diesem historischen Moment mit grosser Kraft wird durchsetzen können. Auf der einen Seite vermitteln schon die Erklärungen des Vaters von *Juan Carlos,* Don Carlos, der als erster bei seinem Sohn die Fähigkeit, eine gewisse Kontinuität des Regimes aufrechtzuerhalten, in Abrede stellte, einen ersten Einblick in die innere Gespaltenheit im Lager der Anhänger einer Monarchie.

Auf der andern Seite aber spekuliert man mit der Möglichkeit, dass Juan Carlos, einmal das Zepter fest in der Hand, eine demokratische Staatsform schaffen könnte, die sogar Gruppen wie die «*Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens*» (Partido Socialista Obrero de España, P.S.O.E.) einschliessen würde. Doch die P.S.O.E. wie auch die *Democracia Cristiana* (D.C.) haben sich *geweigert,* bei der Konstituierung einer solchen Demokratie mitzuwirken, *die von Anfang an die Kommunistische Partei (P.C.D.) und andere linke Gruppen von der Regierung ausschlösse.* Diese Haltung muss man klar auf dem Hintergrund einer Linie sehen, die die Junta Democratica und andere Einheitsorganisationen seit Jahren vertreten, nämlich der konsequenten Arbeit auf das Ziel hin, bei Ende der Diktatur eine «*Nationale Demokratische Bewegung*» mit der Basis im Volk bereits ins Leben gerufen zu haben und bedingungslos zu unterstützen. Einstimmig in der Ansicht mit anderen bereits in einer demokratischen Plattform vereinigten Gruppen wird hier gesagt, dass eine in den Massen verankerte Aktivität nur dann zustande kommen könne, wenn keine einzige oppositionelle Gruppe von der Teilnahme ausgeschlossen würde. Weiter müssten die Gewerkschaften legalisiert werden und den Arbeitern das Streikrecht zugestanden werden. Gegenwärtig ist nur die franquistische Einheitsgewerkschaft zugelassen, und jede Art von Streik ist streng verboten und wird mit schärfsten Repressalien bestraft.

Wahlen in Aussicht?

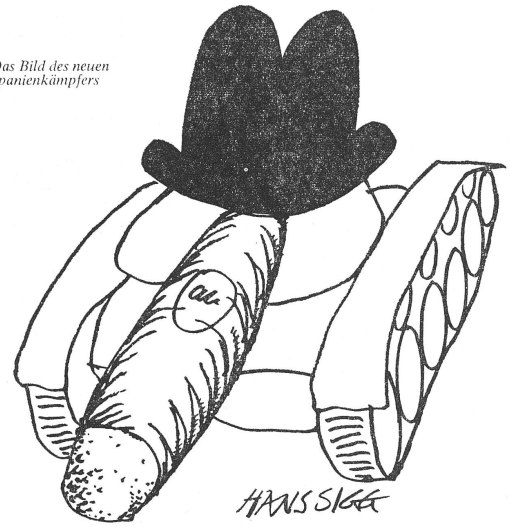
Diese Orientierung sichert der J.D.E. und andern Gruppen, wie der «Plataforma de Convergencia Democrática Asamblea de Cataluña» – einer sozialistischen Bewegung, die in Spanien bisher zwar nicht erlaubt, doch zumindest mehr oder weniger stillschweigend geduldet war – bereits heute die Unterstützung der Arbeiter, der Intellektuellen, der Armee und der Kirche zu. Die J.D.E. ist bereit, mit Unterstützung all dieser Gruppen auf einen Wechsel hinzuarbeiten, da in allen vier seit längerem fortschrittliche Kräfte vorhanden sind, die auf einen Strukturwandel in Richtung Demokratie hintendieren. So haben sich denn die bisher rivalisierenden Dachorganisationen J.D.E. und «Plataforma» auf ein gemeinsames Minimalprogramm geeinigt. Dieses Programm spricht sich gegen jede Form einer Fortführung des faschistischen Regimes aus – ohne allerdings Juan Carlos explizit zu nennen. Das spanische Volk soll in freien Wahlen bestimmen können, welches Regime es sich wünscht.

Es sei möglich, informierte weiter ein Sprecher der J.D.E., dass erneut versucht werden könnte, von oben herab Mandate zu erteilen, in derselben Weise, wie man sie bis jetzt in Form des faschistischen Mandats Francos erhalten habe; jedoch sei es unumstritten, dass solche Orders dazu dienen sollen, die konservative Rechte im Zügel zu halten und nicht wie in den Jahren der Repression das spanische Volk zu schädigen. Es sei auf jeden Fall der Wille der Mehrheit der Opposition, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Santiago Carrillo, der im Exil lebende Sekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, schlug im Namen der J.D.E. die Schaffung einer provisorischen Regierung mit umfassender Koalition – dazu würde auch die Rechte gehören – vor, mit der die ersten fundamentalen Züge eines demokratischen Staates festgelegt werden könnten. Juan Carlos sagte er eine kurze Amtszeit voraus.

Offene Fragen

Offensichtlich hatte auch die J.D.E., die eine der ersten demokratischen Einheitsorganisationen auf gesamtspanischer Ebene war, eine Reihe von Punkten in ihrer Deklaration, die auf dieser Pressekonferenz noch Zweifel aufkommen liessen. Die Vertreter der J.D.E. versuchten, der Reihe nach die noch offenen Fragen zu beantworten:

- *Juan Carlos:* Als erster Punkt tauchte die Frage auf, ob vielleicht Juan Carlos die Cortes – Spaniens Ministerrat – unbeachtet lassen würde und versuchen könnte, eine sog. liberale Monarchie aufzubauen. Diese Frage wurde klar verneint. Juan Carlos könne auf keinen Fall die Cortes, die sich zu einem guten Teil aus Latifundisten und Wirtschaftskapitänen zusammensetzen, «verraten». Auch wenn er bekannterweise in letzter Zeit versucht hätte, eindeutigere Bedingungen zu stellen, so sei doch bekannt, dass alle Oppositionsangehörigen versuchten, herauszufinden, welches eigentlich seine Absichten seien. Klar sei einzig, dass man ihn auf ideologischer Ebene durchaus den paar Rechtsradikalen gleichsetzen dürfe, die die Absicht hätten, auf jeden Fall an der Macht zu bleiben.
- *Militär:* Selbstverständlich sei das Militär ein grosser Unsicherheitsfaktor. Doch man wisse, dass das Heer nicht die Rolle der repressiven Machtausübung spielen wolle. Zum jetzigen Zeitpunkt sei ja die «Union Democratica Militar» (U.M.D.) weder ein Gerücht noch eine Sammlung marginalisierter Oberster, sondern eine Organisation hoher Berufsmilitärs, die öffentlich für ein Leben in einem demokratischen Staat einstehen.
- *Amnestie:* Ein dringendes Postulat aller Oppositionsparteien und -gruppen sei die bedingungslose Amnestie für alle politischen Häftlinge in allen spanischen Gefängnissen (welche zur Zeit voll von politischen Gefangenen seien). Juan Carlos werde diese Amnestie nicht erteilen, denn das würde für ihn bedeuten, erste Schritte in Richtung jener Freiheit zu tun, die gegen die Prinzipien derjenigen verstösst, die ihm in der Regierung zur Seite stehen. Santiago Carrillo betonte noch einmal, dass Juan Carlos eindeutig ein Geschöpf Francos sei.
- *Kirche:* Was die Kirche anbelange, so dürfe man die progressiven Kräfte und Bewegungen innerhalb ihres Wirkungsbereiches nicht ausser acht lassen, denn es seien ja gerade jene Kräfte, die die Kirche schon seit längerer Zeit von der Linie Francos und des Regimes entfernt hätten.
- *Movimiento:* Ebenfalls wie die Kirche müsse auch eine andere Institution, nämlich das «Movimiento» (die bisher einzige legale Partei, auch Falange genannt), im Lichte der realen Verhältnisse gesehen werden. Man rechne mit höchstens 2 bis 3 wirklichen Anhängern, die als Deputierte in der zukünftigen Regierung Gewicht haben könnten.
- *USA:* Die Haltung der USA werde ein ausschlaggebender Faktor sein, den man aber zum jetzigen Zeitpunkt mit Gelassenheit betrachte. Zudem bestünden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des amerikanischen Parlaments in bezug auf die Basen in Spanien. Der Senat wünsche die Einrichtung und Konsolidierung der Basen auf spanischem Territorium, während der Kongress, hauptsächlich der Delegierte Stevenson, sich diesem Projekt widersetze.
- *Nationale Minderheiten:* Um eine Lösung des Problems der nationalen Minderheiten sei jedermann auf dieser Pressekonferenz sehr besorgt. Man möchte die Frage jedoch dahingehend beantworten, dass Regionen wie Katalonien, Galizien und Euzkadi (Baskenland) autonome Regierungen haben würden. Jedoch das Wichtigste, was man vorläufig berücksichtigen müsse, sei, dass die Massen auf friedliche Weise in den politischen Prozess eingeschlossen würden und eine nationale Aussöhnung zustande komme, um mit der Basis einer «Nationalen Demokratischen Bewegung» eine Regierung zu bilden, die jedermann die elementarsten demokratischen Freiheiten garantiere. *G. Weber*



Das Bild des neuen Spanienkämpfers

Feudalismus in der Kreditanstalt

In den Fängen der Grossbank

Wer bei der Kreditanstalt arbeitet, muss ihr praktisch sein Vermögen und dessen Transaktionen offenbaren. Wer von der Kreditanstalt eine Hypothek hat, muss seine übrigen Bankgeschäfte ihr zuhalten, sonst steigt der Zinssatz. Blüht da hart am Rande des Arbeitsvertragsrechts ein neuer Feudalismus auf?

Der Mitarbeiter der Schweizerischen Kreditanstalt erhält bald einmal die «*Bestimmungen und Verhaltensregeln für unser Personal*» zu Gesicht (siehe Kasten). Dort liest er seine Pflichten mit folgenden Worten:

«*Sämtliche Mitarbeiter haben ihre Konti und Depots bei der Kreditanstalt, und zwar bei der Geschäftsstelle am Arbeits- oder am Wohnort, zu unterhalten.*» Zur Beurteilung dieser etwas kleinlich anmutenden Ansprüche einer der drei grossen Weltbanken des Landes hat man zuerst einmal vom neuen Arbeitsvertragsrecht auszugehen, das die gegenwärtig zulässigen Verhältnisse in den schweizerischen Arbeitsbeziehungen umschreibt. Artikel 321a des Obligationenrechts (OR) hält fest: «*Der Arbeitnehmer hat die ihm übertragene Arbeit sorgfältig auszuführen und die berechtigten Interessen des Arbeitgebers in guten Treuen zu wahren.*»

In der Folge finden diese «berechtigten Interessen» des Arbeitgebers ihren Niederschlag im Artikel über das Konkurrenzverbot. Der Beschäftigte darf während seiner Anstellungszeit das Unternehmen nicht konkurrenzieren und kann auch für eine gewisse Zeit nach der Auflösung des Vertragsverhältnisses einen solchen Verzicht freiwillig eingehen. Erfindungen, die der Beschäftigte macht, gehören – gegen Entgelt – dem Unternehmen. Im weitern gibt Art. 321d OR dem Unternehmen ein Weisungsrecht über das Verhalten der Beschäftigten: «*Der Arbeitgeber kann über die Ausführung der Arbeit und das Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb oder Haushalt allgemeine Anordnungen erlassen und ihnen besondere Weisungen erteilen.*» Die Grenze solcher Verhaltensregeln gibt schliesslich Art. 328 OR: «*Der Arbeitgeber hat im Arbeitsverhältnis die Persönlichkeit des Arbeitnehmers zu achten und zu schützen . . .*»

Was darf die Kreditanstalt verlangen?

Die genaue Auslegung dieser arbeitsrechtlichen Bestimmungen muss in letzter Instanz von den Gerichten geleistet werden. Aber der gesunde Menschenverstand könnte für die Einmischung der Grossbank in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Angestellten nur das Konkurrenzverbot, also das Verbot, sich an anderen Finanzunternehmen zu beteiligen, aus dem Gesetz heraushören. Ein weiterer Abschnitt der «Verhaltensregelungen» der Kreditanstalt verbietet dem Personal auch, Spekulation zu treiben oder sich über die Tragbarkeit ihrer finanziellen Verhältnisse hinaus irgendwo zu engagieren. Hier allenfalls könnte die Regelung eine Begründung im Bankbetrieb finden, weil ein finanziell gratwandernder Bankangestellter vollen Bank- und Kundenkassen eventuell nicht widerstehen kann.

Aber die darüber hinausgehenden Vorschriften greifen in persönliche Verhältnisse der Angestellte ein, die mit der Ausführung des Arbeitspensums oder mit der Wahrung des Unternehmenszwecks nichts zu tun haben. Der Verdacht, mit solchen Verpflichtungen zur Vermögensoffenbarung wolle sich die Geschäftsleitung gegebenenfalls in die Verhältnisse der Angestellten einschalten, wurde in einem Fall, der dem Autor bekannt ist, verstärkt.

Zulagen nach Gutdünken der Bank

Vor einigen Jahren wunderte sich ein Pensionierter der Kreditanstalt, dass er keine Herbstzulage in gleicher Höhe wie seine pensionierten Kollegen gleichen Ranges erhalten hatte. Auf seine Nachfrage bekam er die Auskunft, auf seinen Konten, die er getreulich bei der Kreditanstalt unterhielt, liege ein derartiges Vermögen, dass er die Zulage wohl nicht mehr brauche. Als der Pensionierte fest blieb, erhielt er dann die Zulage doch noch, dies sei festgehalten. Tatsache bleibt, dass in diesem Fall die Kenntnis der Vermögenslage dem Kreditanstalt-Management ein verändertes Verhalten gegenüber einem Abhängigen nahelegte.

Der «*Beobachter*» meldete im November 1974 eine ähnliche Geschichte aus Chur, aber diesmal auf der Kundenseite der Grossbank. Die Churer Niederlassung der Kreditanstalt hatte einem Bauführer für sein Haus 20 000 Fr. als Hypothek geliehen. Nach wiederholter Aufforderung, er müsse auch die übrigen Bankgeschäfte «wenn immer möglich» mit der Kreditanstalt abwikkeln, traf schliesslich folgender Brief beim Bauführer ein: Weil bisher keine Kontoeröffnung stattgefunden habe, «*müssen wir annehmen, dass Sie unsern Vorschlag ablehnen. (. . .) Eine solche Haltung könnte uns jedoch bei der heutigen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt veranlassen, die Erhöhung der vereinbarten Amortisationsraten in Erwägung zu ziehen oder den Zins über den normalerweise zur Anwendung gelangenden Satz zu erhöhen.*»

Refeudalisierung?

Ein neu in Frankreich erschienenes Buch, *L'entreprise – société féodale*» von *Guy Courtieu,* Seuil, würde diese Erscheinungen unter den Prozess der Refeudalisierung unserer Gesellschaft einreihen. Wenn man darunter die Rückentwicklung des Industriesystems von Abhängigkeitsstrukturen aufgrund des Kapitalbesitzes zu Abhängigkeiten mit persönlichen und verhaltensmässigen Bindungen bis hinein in die Lebensgestaltung auffasst, dann leistete die Kreditanstalt auf diesem Gebiet Pionierarbeit. Die Übergriffe der schweizerischen Grossbanken auf die persönliche und fachliche Ausbildung ihrer Beschäftigten, so lobenswert ein besserer Bildungsstand ist, tragen gewisse Züge in der gleichen Richtung. Denn die in einer Bank erworbene Bildung und das Diplom können an dieses Institut oder an die Branche binden, da sie nicht die universale Anerkennung besitzen, die Abschlüssen der öffentlichen Schulen zukommt. («das konzept» berichtete in Nr. 1/75 darüber: «Das Unternehmen als Schule der Nation. Die Nummer ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich.)

Weitere Verstärkungen der Bindungen an den Arbeitsort in damit nicht zusammenhängenden Lebensbereichen kündigen sich im Versicherungssektor an. Wie der Generaldirektor *F. Gerber* der «*Zürich*» darlegte, wirft die Tendenz aus Amerika neue Aspekte auf, «*den persönlichen Versicherungsbedarf des einzelnen Arbeitnehmers (etwa für Auto, Hausrat usw.) durch den Arbeitgeber bei einem Versicherer abdecken zu lassen, wobei die Prämie direkt vom Lohn abgezogen und durch den Arbeitgeber an den Versicherer überwiesen wird (sogenanntes mass merchandising)*». «*Der nächste Schritt könnte darin bestehen, dass nicht nur Versicherungsprämien, sondern auch andere periodisch wiederkehrende Verpflichtungen wie Miet- oder Hypothekarzinse, Abzahlungsraten, aber auch Beiträge an Spar- und Investmentpläne, abgesichert durch eine Todesfallversicherung, auf diese Weise finanziert wurden. Hier könnten sich langfristig gesehen interessante Entwicklungsmöglichkeiten ergeben.*» Interessant sind diese Entwicklungen für den Versicherungskonzern, als dessen Leiter F. Gerber einleitend zum zitierten Text sein Bekenntnis zur «freiheitlichen Wirtschaft» ablegte. «*Freiheit stirbt auf diese Weise*», rief der «Beobachter» in aufrichtiger Liberalität. Wenn man weiss, dass z. B. die «Zürich» mit der Kreditanstalt auf mehr als einer Ebene verbunden ist, dass die «Winterthur»- und die «National»-Versicherung zum Bannkreis der Bankgesellschaft gehören, schliesst sich für den erschrockenen Betrachter ein Kreis, der von George Orwell mit 1984 benannt worden ist.

Beat Kappeler

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT

Bestimmungen und Verhaltensregeln für unser Personal

(. . .)

Verschwiegenheit

Jeder in einer Bank tätige Mitarbeiter ist bekanntlich aufgrund des Bankgeheimnisses zu besonderer Verschwiegenheit verpflichtet.

Geschäftsverbindungen

Sämtliche Mitarbeiter haben ihre Konti und Depots bei der Kreditanstalt, und zwar bei der Geschäftsstelle am Arbeits- oder am Wohnort, zu unterhalten. Die Mitarbeiter haben ihre Wertschriften-, Edelmetall-, Devisen- und Notengeschäfte ausschliesslich über den kontoführenden Sitz der Schweizerischen Kreditanstalt abzuwikkeln und dürfen keinerlei Engagements bei Drittbanken, Brokerfirmen, Changeagenten, Kleinkreditinstituten usw. unterhalten oder sich an solchen unter Drittnamen beteiligen.

Nicht erlaubte Geschäfte

Alle spekulativen Geschäfte sind untersagt. Die Mitarbeiter verpflichten sich, keine Verbindlichkeiten einzugehen, die nicht in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem eigenen Vermögen und Einkommen stehen. Unstatthaft sind Geschäfte jeglicher Art zum Nachteil bankeigener Positionen sowie alle Geschäfte, die lediglich dazu dienen, Dritten Spezialkonditionen zu verschaffen. Geschäfte unter Mitarbeitern sowie das Eingehen von Bürgschaften ohne Zustimmung der Bank sind untersagt.

Mandate und Vollmachten

Vollmachten von Kunden zugunsten von Mitarbeitern dürfen, wie alle persönlichen Mandate, nur mit Zustimmung der Generaldirektion angenommen werden.

(. . .)

Kolportage

Unter diesen Begriff fällt der private Handel unter Mitarbeitern und mit Dritten sowie das Aufhängen und Verteilen von Flugblättern oder anderen Schriftstücken irgendwelcher Art für private Zwecke. Wir bitten Sie, Tätigkeiten dieser Art in der Bank zu unterlassen.

Zürich, 12. Juni 1975

DIE GENERALDIREKTION

Kuba hat das fortschrittlichste Familienrecht der Welt

Im Namen des Gesetzes, Karl, wasch das Geschirr ab!

Dass es um die Situation der Frau in den heutigen Gesellschaften schlecht bestellt ist, könnte das «Jahr der Frau» vielen neu zu Bewusstsein gebracht haben. Der Einsatz der Frauen hat denn auch in verschiedenen Ländern zu Verbesserungen mindestens der rechtlichen Lage geführt, namentlich in der DDR, in Schweden und in Österreich. In der Schweiz ist eine Initiative zur Gleichberechtigung hängig, welche vom Frauenkongress in Bern dieses Jahr beschlossen worden war. Nirgends aber ist die rechtliche Lage so fortschrittlich wie im kleinen Inselstaat Kuba. Das Gesetz erstrebt hier nicht nur passive Gleichberechtigung – z. B. dass die Frau arbeiten darf, wenn sie will, ohne den Mann um seine Erlaubnis bitten zu müssen –, das Gesetz bemüht sich sogar um aktive Gleichberechtigung: Demnach sollen Mann und Frau besorgt sein, dass sie sich ausgeglichen in Hausarbeit und Beruf teilen. Dieser Fortschritt ist um so erstaunlicher, als Kuba mit Lateinamerika ein schweres Erbe des Kolonialismus zu überwinden hat, das die Männerherrschaft besonders begünstigte (weshalb sie in diesen Ländern auch einen besonderen Namen hat: Machismo). Der folgende Artikel, den wir dem «Unesco-Kurier» entnehmen, ist gerade deshalb auch für uns interessant, weil er die rechtliche Lage mit der Wirklichkeit vergleicht; und die Realität ist auch in Kuba noch unbefriedigend. Gleiche Rechte sind ein wichtiger Schritt, aber nicht schon die Solidarität zwischen Mann und Frau. Red.

Heute beginnt man sich in Lateinamerika bewusst zu werden, dass auch die Frauen menschliche Wesen sind, wobei man sich angesichts der bevorzugten Behandlung von Tieren an gewissen Orten allerdings fragen kann, ob sie daraus auch wirklich Nutzen ziehen.

In Kuba, das in Lateinamerika in mancher Hinsicht eine Ausnahme bildet, werden die Frauen jedoch im wahrsten Sinne wie Menschen behandelt. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, das von der Kubanerin bis heute Erreichte sei ihr sozusagen in den Schoss gefallen – als Geschenk der etablierten Macht. Die Geschichte liess ihr keine Zeit für theoretische Betrachtungen über die Gleichberechtigung. Erst im Kampf erwachte das Bewusstsein ihrer Rechte, im täglichen revolutionären Einsatz für die Änderung der kubanischen Gesellschaft, der im Januar 1959 zum Sieg führen sollte – einem Sieg, für den die Frauen einen hohen Preis bezahlt haben.

Bei den anschliessenden Reformmassnahmen standen die Frauen ebenfalls in vorderster Reihe. Von den 270 000 Freiwilligen der Alphabetisierungsarmee, die das Analphabetentum in Kuba innerhalb eines Jahres von 23 auf 3,7% reduzierte, waren 60% Frauen. Sie halfen Hausbedienstete auf produktive Berufe umzuschulen, schufen Kinderhorte und Kindergärten und führten Impfkampagnen sowie andere Massnahmen für die Volksgesundheit durch.

Beseitigung der Prostitution

Sie wirkten auch bei der Beseitigung der Prostitution mit, nicht durch Zwangsmassnahmen, sondern durch Vermittlung von Arbeitsplätzen in anderen Stadtteilen oder entfernten Städten, damit die Vergangenheit den ehemaligen Prostituierten bei der Eingliederung in die neue Gesellschaft nicht zum Hindernis werden konnte.

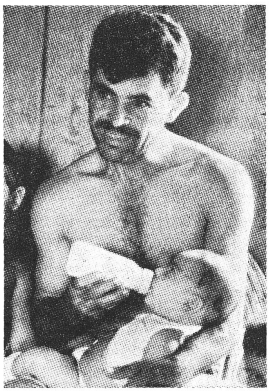
Obwohl in Wirklichkeit dem Mann noch nicht vollkommen gleichgestellt, befindet sich die kubanische Frau heute im Übergangsstadium dazu. Dies zeigt sich namentlich auch dadurch, dass 1970 der Anteil der Mädchen in den Grundschulen 49%, in den Mittelschulen 55% und in den höheren Schulen und Universitäten 40,6% betrug.

Als eine ihrer wichtigsten Errungenschaften betrachten die Kubanerinnen die Streichung jener Bestimmung des Arbeitsgesetzes, derzufolge jede Unternehmung nur eine gewisse Anzahl von Arbeitsplätzen den Frauen vorbehalten musste. Heute stehen den Frauen sämtliche Arbeiten offen, selbst im Bauwesen und im Hafenbetrieb, wo zuvor ausschliesslich Männer beschäftigt wurden.

Befreiung nicht automatisch

Doch wie vielerorts in der Welt bildete die Frau auch in Kuba lange Zeit ein «besetztes Gebiet», und die Proklamation ihrer Unabhängigkeit zog nicht automatisch die Befreiung von der Mentalität des Kolonisierten und noch weniger von jener des «Kolonisators», im vorliegenden Fall des herrschenden Mannes, nach sich.

Auf die Tatsache wies Ministerpräsident *Fidel Castro* am Kongress des Kubanischen Frauenbundes im November 1974 hin. Nach mehr als 15 Jahren Revolution gebe es immer noch *«objektive und subjektive Faktoren, die eine für die Frau diskriminierende Situation aufrechterhalten. Wir müssen uns fragen, wann es uns endlich gelingen wird, die jahrtausendealten Denkgewohnheiten auszurotten und alle diese Vorurteile zu besiegen», denn «während wir endlich*



das Ziel der nationalen Befreiung erreicht haben, müssen die Frauen nach wie vor um ihre eigene Befreiung innerhalb der menschlichen Gesellschaft kämpfen.»

Seit dem Internationalen Jahr der Frau und bereits vorher sind in fast allen Teilen der Welt verschiedene Forderungen der Frauen ohne Widerstand hingenommen worden, jedoch offenbar ohne daran zu denken, dass ihre Erfüllung tiefgehende wirtschaftliche und soziale Reformen bedingt. Es besteht in der Tat die Gefahr, dass die gesetzgeberischen oder politischen Massnahmen zur Gleichstellung der Frau, so begründet sie auch sein mögen, toter Buchstabe bleiben, wenn man sie isoliert behandelt. Dies beweist namentlich die Tatsache, dass in den weitaus meisten Fällen für die praktische Anwendung formal eingeführter Rechtsgrundsätze wie «Gleiche Arbeit – gleicher Lohn» und «Mann und Frau sind vor dem Gesetz gleich» bitter gekämpft werden muss.

In Kuba hat man erkannt, dass der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau nicht nur die Frauen angeht, sondern die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Mit anderen Worten, man hat der Ideologie des «Kolonisators» den totalen Kampf angesagt. Wie sehr diese Ideologie auch in der Mentalität des «Kolonisierten» verwurzelt ist, zeigt die Reaktion jener armen Indianerin, die, von ihrem Mann geschlagen, einen ihr zu Hilfe Eilenden mit den Worten zurückwies: *«Mein Mann ist ja dazu da, mich zu schlagen!»*

«Machismo» ist der lateinamerikanischer Begriff für die männliche «Überlegenheit» in ihrer extremen Form, und diese wird denn auch oft als vielleicht von den Spaniern ererbte Erfindung alter Zeiten gewertet. Der eigentliche Ursprung liegt aber zweifellos in der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in die die Frau gedrängt wird, zunächst vom Vater – der es als moralische Pflicht ansieht, für seine Tochter aufzukommen – und später vom Gatten – der ihr Geld in gleicher Weise gibt, wie man Almosen austeilt: verachtungsvoll wie ein Millionär oder zähneknirschend wie ein Armer.

Doch wenn die Frau wie in Kuba wirtschaftlich unabhängig ist, greifen die unverbesserlichen Verteidiger der alten Zustände zu «biologischen» Argumenten wie Schwäche und Feigheit des weiblichen Geschlechts, auch wenn sie als Milizsoldat und Fallschirmspringerin Dienst leistet. Oder man sucht geschichtliche Rechtfertigungen, indem man geltend macht, dass die Frau in der Vergangenheit mehr Talent für Hausarbeiten als für schöpferische Arbeiten bewiesen habe, während sich heute zeigt, dass sie den Männern in dieser Hinsicht in nichts nachsteht. Selbst die Bibel wird zitiert, nach welcher die Frau als Gefährtin des Mannes erschaffen wurde, wobei man übersieht, dass in diesem Fall der Mann der Gefährte der Frau sein müsste.

Verklärt als Geliebte ...

Der Kubaner macht wie andere Männer auf der Welt einen klaren Unterschied zwischen der Frau an sich – im Leben, in Literatur und Kunst idealisiert als Archetyp der Zärtlichkeit und Reinheit, wenn es sich um die Mutter handelt, oder als Archetyp der Schönheit, wenn es sich um die Geliebte handelt – und der Ehefrau, der nicht nur alle ihr früher zugeschriebenen Reize abgesprochen werden, sondern auch alle ihre Rechte bis zu jenem auf einen eigenen Namen. Während man uns Lateinamerikaner als Weiberschreck karikiert, die ihre Frauen dazu abrichten, am heimischen Herd unterwürfig und furchtsam auf die Rückkehr des Herrn des Hauses zu warten, und wir, was noch schlimmer ist, dieses Bild akzeptiert haben, schluchzen wir in unseren Liedern über die Geliebte, die uns verlassen hat oder von der uns das Schicksal trennt, dass sich ein Stein erbarmen könnte. Wenn wir offen zugeben, dass sie uns für einen anderen Mann verlassen hat, so nehmen wir ihr das zwar übel, doch da sie noch nicht unsere Frau war, machen wir daraus Verse und Musik.

... verspottet als Ehefrau

Die Ehefrau dagegen erscheint nur ausnahmsweise in Liedern und auch dann meist nur als Objekt des Spottes. Sie gehört wie die Schwiegermutter, der Säufer, der Verrückte und der Schiffbrüchige zu den bevorzugten Personen von Witzen und Anekdoten, die von Frauen selbst oft gutherzig nacherzählt werden, während andere, durch diese unbewusste Selbsterniedrigung entwaffnet, pflichtschuldig lächeln. Diese Art von vielfach geschmacklosem und verletzendem Humor wird zwar auch in Kuba noch betrieben, doch bemüht man sich, ihn zumindest an Radio, Fernsehen und Presse zu beseitigen. Ebenso wie sich die Männer nach wie vor überlegen fühlen, nehmen die Frauen diese Überlegenheit unbewusst nach wie vor als gegeben hin.

Bei den Wahlen in die Poderes Populares (Gemeinderäte) in der kubanischen Provinz Mantanzas zum Beispiel waren nur 7,6% der aufgestellten Kandidaten weiblichen Geschlechts, und von den Gewählten wiederum waren es bloss 3%, obwohl die Frauen die Hälfte der Bevölkerung jener Provinz ausmachen. In einem Kommentar zum Wahlausgang bemerkte Ministerpräsident Castro, diese Ergebnisse sollten allen Kubanern ein Fingerzeig sein. *«Es muss der Tag kommen, wo wir endlich eine Partei, eine Führung, einen Staat und eine Regierung von Männern und Frauen haben werden.»*

«Das beste Gesetz der Welt»

Anderseits besitzt Kuba seit kurzem ein Familiengesetz, das vielleicht das gerechteste und menschlichste Gesetzeswerk der ganzen Welt im Bereich der familiären Beziehungen ist. Bei den in den Arbeiter-, Bauern-, Frauen- und Studentenorganisationen des ganzen Landes geführten Diskussionen um den Text, der am 8. März 1975 in Kraft trat, wurden jedoch seitens der Männer etliche Einwände erhoben. Leidenschaftlichste Auseinandersetzungen rief jener Artikel hervor, der beide Ehepartner verpflichtet, gemäss ihren Fähigkeiten und wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Unterhalt der Familie beizutragen, der für den Fall aber, wo nur einer der Ehepartner durch Hausarbeit und Pflege der Kinder zu diesem Unterhalt beiträgt, dem anderen Partner die Aufgabe überbindet, allein für die finanziellen Bedürfnisse der Familie aufzukommen, *«was ihn jedoch nicht von der Verpflichtung zur Mithilfe im Haushalt und bei der Pflege der Kinder entbindet».*

In ihrem Buch *«Die kubanische Frau heute»* (La Mujer Cubana Ahora), das 1975 vom Instituto del Libro in Havanna herausgebracht wurde, unterzieht die amerikanische Schriftstellerin *Margaret Randall* die gegenwärtige Lage der kubanischen Frau einer sorgfältigen Analyse. So berichtet sie von einer Frau, die während einer lebhaften Diskussion über dieses neue Familiengesetz aufstand und rief: *«Wenn die Männer wollen, dass wir Frauen in der Fabrik arbeiten, so müssen sie ihrerseits im Haushalt arbeiten, und damit basta!»* Der Ausspruch wurde mit rauschendem Beifall quittiert. Eine andere erklärte: *«Wir Frauen haben dieses Gesetz geschaffen, lange bevor die Regierung überhaupt daran dachte. Die jungen Männer haben gar keine andere Wahl, als es zu akzeptieren!»* Eine Änderung der Haltung wird wohl von den jungen, nicht aber von den älteren Männern erwartet.

Mann und Frau in der Hausarbeit

Die Neuregelung der ehelichen Pflichten mit dem Grundsatz, wonach sich beide Partner in die Hausarbeit zu teilen haben, befreit die Frau von ihrem bisherigen Status als Haushälterin und wirtschaftliches Mündel ihres Gatten. Früher galt es als durchaus normal, dass eine Lehrerin oder Krankenschwester ihre Berufstätigkeit aufgab, wenn sie einen Mann in finanziell gesicherter Position heiratete, und die Gesellschaft verlor damit eine wertvolle Arbeitskraft. Junge Ehemänner pflegten sich aber auch irgendwelchen politischen Aktivitäten ihrer Gattinnen zu widersetzen, *«weil auf der Hand liegt, dass die Frau damit der unmittelbaren Kontrolle entgleitet, die der Mann nach dem Willen der traditionellen Gesellschaft über sie verlangen und ausüben soll»* (M. Randall).

Der Frau auferlegte Zwänge und Einschränkungen dieser Art sind jedoch durch Artikel 28 des kubanischen Familiengesetzes für rechtswidrig erklärt worden. Es heisst dort: *«Beide Ehepartner haben das Recht auf Ausübung ihrer beruflichen oder anderweitigen Tätigkeit und sind verpflichtet, sich in dieser Hinsicht gegenseitig zu achten und zu unterstützen. Dies gilt auch in bezug auf Studien oder anderweitige Bemühungen zur Mehrung ihres Wissens.»*

Zur Scheidung sind nicht mehr Rechtfertigungen wie «Ehebruch», der in vielen anderen Staaten Lateinamerikas nur dann als Vergehen gewertet wird, wenn er von der Frau begangen wurde (!), «moralische Grausamkeit» oder «Verlassen der häuslichen Gemeinschaft» notwendig. Das Familiengesetz lässt dafür andere, menschlichere und gerechtere Gründe zu, zum Beispiel «gegenseitiges Einverständnis, die Ehe aufzulösen» oder *«Gründe, als deren Ergebnis die Ehe sowohl für die Eheleute als auch für Kinder und damit für die Gesellschaft ihre Bedeutung verloren hat».*

Heirat aus Liebe

In einer Gesellschaft, wo auf diese Weise die menschliche Würde geschützt und die wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau sichergestellt wird, wo Kinder beider Geschlechter eine Ausbildung erhalten, die Studium wie Praxis einbezieht, so dass sie beim Abschluss der Mittelschule die Grundlage für einen frei gewählten Beruf besitzen, wo das Geld nicht mehr ein Fetisch ist, sondern auf seine ursprüngliche Funktion als Tauschmittel zurückgeschnitten wurde, wo der Staat seinen Bürgern ärztliche Hilfe und Medikamente verfügbar macht und ihnen ein sorgloses Alter sichert – kurz in einer Gesellschaft, wo all die traurigen Argumente wegfallen, die im übrigen Lateinamerika für eine Heirat meist ausschlaggebend sind, bleibt als einziges gültiges Motiv zur Verheiratung die Liebe oder das, was ihr am nächsten kommt, selbst wenn sie sich zuweilen als Trugbild erweist.

Gleichheit darf indessen nicht mit Mangel an Rücksicht verwechselt werden: *«Wenn es in der menschlichen Gesellschaft irgendein Privileg, irgendeine Ungleichheit geben darf, dann jene kleinen Privilegien und Ungleichheiten zugunsten der Frau, denn ihr obliegt eine Aufgabe, eine Funktion und eine menschliche Verantwortung, von denen der Mann frei ist.»*

Dies sollte in noch grösserem Mass für jene lateinamerikanischen Gesellschaften gelten, deren unzählige Privilegien und Ungleichheiten sich kaum jemals zugunsten der Frau auswirken. Eines ist sicher: Das Glück des Mannes ist ohne das Glück der Frau nicht vorstellbar, und im tragischen, beschämenden Spiel der Diskriminierung sind wir daher alle Verlierer.

*Jorge Enrique Adoum**

* *Jorge Enrique Adoum*, ecuadorianischer Dichter und Schriftsteller, war ehemals Direktor für Kultur in Ecuador. Einige Jahre war er Mitarbeiter der Unesco-Studien für lateinamerikanische Kulturen. Er bersuchte oft Kuba, zuletzt Anfang 1975 als Jurymitglied des Schriftstellerwettbewerbs, der alljährlich durch das House of the Americas, Havanna, organisiert wird. Eine Anthologie seiner Gedichte *Informe personal sobre la situación* (Persönlicher Situationsbericht) ist soeben in Havanna veröffentlicht worden. Heute ist er Mitarbeiter des Redaktionsstabes des «Unesco-Kuriers» in Paris.

«Normalfall» Frau im Schweizer Recht

Das schweizerische Recht geht heute vom Normalfall der Frau als Mutter von minderjährigen Kindern aus, der ein erwerbstätiger Ehemann zur Seite steht und die sich zwar auch für die Belange ausserhalb der Wohnung interessiert, aber nur insoweit, als es die Besorgung des Haushaltes und die Betreuung der Kinder zulässt. Dementsprechend sind jene, die Frauen besonders betreffenden Vorschriften vor allem im Familienrecht zu finden, in welchem zum Beispiel festgelegt wird, dass die Frau bei der Heirat den Familiennamen des Mannes übernehmen müsse, dass der Mann die Familie finanziell zu unterhalten habe, dass die Frau den Haushalt führen und damit während der Arbeitsabwesenheit des Mannes die Kinder betreuen müsse, dass sie selbst nur mit Zustimmung des Mannes einen Beruf ausüben dürfe, dass der Mann auch das Vermögen der Frau verwalte usw. Das Sozialversicherungsrecht (Regelung der AHV, IV, Suva) trägt den genannten Vorschriften seinerseits Rechnung, indem die Ehefrau beim Tod des Mannes – selbst wenn dieser nicht erwerbstätig gewesen sein sollte – fast immer eine Witwenrente erhält, während dem Mann beim Tode der Frau – selbst wenn diese erwerbstätig gewesen sein sollte – nur unter ganz speziellen Umständen eine Rente an Witwer zusteht.

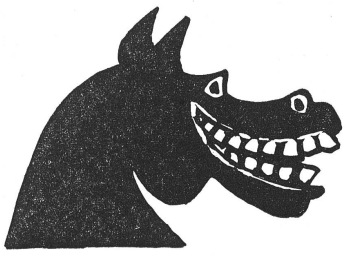
*

Das Arbeitsrecht beschränkt sich darauf, vorzuschreiben, welche Arbeiten von Frauen gesundheitshalber nicht ausgeführt werden dürfen und dass auf sie besondere Rücksicht zu nehmen sei. Auch hier wird wiederum deutlich, dass die Frau im Bereich ausserhalb der Wohnung – hier zum Beispiel in der Berufsarbeit – zwar ohne weiteres zugelassen ist, dass aber ihr primärer Ort im Innerhäuslichen gesehen wird und ihre Betätigung ausser Hauses, das heisst in Beruf, Politik, Kultur usw., generell als eine Art «Zweitbeschäftigung» gilt. Und – was das Hauptproblem darstellt – dies ungeachtet dessen, ob die einzelne Frau überhaupt die Möglichkeit hätte, sich auf ihre «Erstbeschäftigung» im Hause zurückzuziehen oder ob sie als ledige, verwitwete, geschiedene oder auch als verheiratete Frau aus finanziellen oder – nicht weniger wichtig – psychischen Gründen darauf angewiesen ist, sich ausser Hauses zu betätigen.

*

Von allen erwachsenen Frauen sind in einem bestimmten Zeitpunkt jeweils nur 21 Prozent in der Situation der verheirateten Frau mit Kindern unter 15 Jahren. Es geht daher nicht an, die *Erziehung und Bildung der Mädchen* nur auf die allfällige Phase der Mutterschaft auszurichten, die knapp ein Viertel ihres ganzen Lebens als erwachsene Frau ausmachen wird.

Gemessen an allen erwachsenen Frauen im heiratsfähigen Alter von 18 Jahren an, haben nur 53 Prozent der verheirateten Frauen überhaupt einmal Kinder, wie die Statistik 1970 mit 2 332 000 Frauen, worunter 1 467 000 verheiratete Frauen sind, beweist. Gemessen an allen Ehen, werden 82 Prozent durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst, 18 Prozent durch Scheidung, wobei die durchschnittliche Ehedauer bei Scheidung acht Jahre beträgt.



Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul!

Einem geschenkten Abonnement auf «das konzept» darf man das schon. Weil «das konzept» seinerseits unablässig schnüffelt, wo unsere Gesellschaft üblen Mundgeruch verbreitet. Und den Mächtigen nicht nur auf den Mund, sondern auch auf die Finger schaut.

das konzept - ein intelligentes Geschenk.

Benützen Sie unser Sonderangebot 3 für 2

(gültig bis 31. 12. 75) 1 Abonnement (bis Dezember 76) 16 Fr., 2 Abonnemente 24 Fr., 3 Abonnemente 32 Fr. usw. (Ausland je Abo 4 Fr. Zuschlag). Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung. Sie erhalten eine Rechnung. Mit diesem Talon können Sie «das konzept» auch für sich selbst bestellen. Talon einsenden an: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. K 12/75

Ich erhielt diese Nummer von einem Bekannten*/durch Zusendung*/ auf ein Zeitungsinserat hin*/ Kiosk*/Abonnement*/Sie war aufgelegt* in (* Zutr. unterstreichen):

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf:

Rechnung an: Name und Adresse: